

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags, abends 4 Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstr. 30; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Etienne), Markt-
straße 9 und Eltville (H. Habis), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße. Ueber 200 eigene Agenturen in Nassau.

Nr. 39 — 1914

Regelmäßige Frei-Beilagen:
Wöchentlich einmal: „Katholisches Wochenblatt“, „Sterne
und Blumen“; wöchentlich „Religiöses Sonntagsblatt“. Zweimal
jährlich: „Sonntags-Beilage“, „Katholisches Wochenblatt“. Einmal
jährlich: „Jahrbuch mit Kalender.“

Mittwoch
18
Februar

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 95 Pfg., für den Monat 65 Pfg., frei ins Haus; durch die Post für
das Vierteljahr 2 Mark 37 Pfg., monatlich 70 Pfg. mit Bestellgeld. — Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile
für ausgedruckte Anzeigen 25 Pfg., Restameile 1 Mk.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt.

Verantwortlicher: Dr. phil. Franz Geucke
Verantwortlich: für Politik und Religion: Dr. phil. Geucke; für den anderen
redaktionellen Teil: Julius Gierke; für die Geschäftsverhältnisse und Anzeigen:
H. J. Dohmen (ausl. in Wiesbaden, Rheinstraße 10) und Verlag von
Germann Raug in Wiesbaden.

32. Jahrgang.

Keine Ueberstürzung

* Die gesamte deutsche Zentrumspresse hat einmütig ihrer
Freude über den glänzenden Verlauf der Essener Protest-
kundgebung bereiten Ausdruck gegeben. Allgemein wird an-
erkannt, daß die dortigen Verhandlungen Unklarheit über die
zukünftige Haltung nicht gelassen haben. Der Kreis ist nunmehr
geschlossen. Alle berufenen Instanzen haben ge-
sprochen und entschieden, daß das Zentrum eine interkonfession-
nelle politische Partei ist. Geistl. Rat Wacker legte die Notwen-
digkeit einer nichtkonfessionellen Partei mit aller nur wünschens-
werten Klarheit und Deutlichkeit fest. „Ich kann — so sagte er —
mir nicht gut in deutschen Landen in unseren Tagen einen Bischof
denken, der gegen das Zentrum wäre, der nicht für seine eigene
Person, wo sich ihm Gelegenheit gibt, bei den Wahlen oder sonst,
sich selbst zum Zentrum bekennt, aber ein Bischof, über die Zen-
trumspartei seiner Diözese gestellt, das ist nach unserem Dafür-
halten nicht möglich. Das ist vor allem nicht möglich für die
Kirche selbst. Die naturgemäße Folge wäre, daß die Bischöfe
für das Tun und Nichttun der Zentrumspartei mindestens teil-
haftig an der Verantwortung. Mindestens teil. In welcher Weise
und in welchem Umfang würde die kirchliche Autorität, Papst
und Bischof, von anderer Seite für das verantwortlich gemacht,
was das Zentrum tut oder nicht tut. Die Bischöfe können aus
der Gefahr gar nicht heraus, daß ihnen die Träger der staat-
lichen Gewalt Zumutungen machen, auf welche sie sich schwer
einlassen könnten, ohne die wichtigsten Interessen der Kirche zu
gefährden. Wir haben es erlebt, was Bismarck unternommen
hat, um die Würdenträger der Kirche, namentlich durch den päp-
stlichen Stuhl, das Zentrum unter seine Botmäßigkeit zu bringen.
Wenn das eintritt, was die Quertreiber wünschen, dann gibt es
kein schwereres Amt, kein Amt mit mehr Bitter-
keiten und Schwierigkeiten, als das Amt eines
Bischofs der katholischen Kirche.“ Diesen Darlegungen, die
Geistlicher Rat Wacker im einzelnen erläuterte, ist kaum etwas
hinzuzufügen. Sie beweisen, daß es auch aus diesem Grunde un-
möglich wäre, die Zentrumspartei konfessionell umzugehauen. —
Sicherlich werden sich auch die meisten Quertreiber dieser Tat-
sache nicht verschließen. Allein der Satz gegen das Bestehende läßt
sie nicht zur Ruhe kommen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Ministerarbeit
der Vorgänger schweren Schaden der Zentrumssache und dem Katho-
lizismus bereits zugefügt hat. Dort, wo sie mit ihrer Agitation
bisher einsetzten, haben sie Mißtrauen gesät. Dort, wo ihre Saat
auf feuchten Boden fiel, hat die Zentrumspartei Fortschritte
gemacht und sich im Kampfe bewährt. Das Beispiel dafür ist
haben. Die letzte Reichstagswahlwahl in Offenburg-Niedel bedeutet
eine glänzende Rechtfertigung des bisherigen Zentrumsprogramms.
In Offenburg, wie in ganz Baden sind die Gedanken der Quer-
treiber ohne Einfluß geblieben; sie haben keine Wahlmöglichkeit im
Geiste gehabt. Während die Vorgänger auch dort Erfolg gehabt haben,
dann hätte in diesen Tagen die nationalliberale Partei einen
Zubehörmus ankommen können, ihr Kandidat wäre gewählt
worden. Nicht umsonst haben bisher unsere Gegner den
Quertreibern ihre Sympathien zugewandt. Bei der
Wahl in Offenburg mußte der Ultramontanismus als Schreck-
gespenst eine ganz unheimliche Rolle spielen. Wie würde es erst
gehen, wenn dem Zentrum die Bischöfe in seiner Eigenschaft als
Partei vorgelegt würden. Dann hätten Liberale und Sozialdemo-
kraten gewonnenes Spiel und könnten reiche Früchte ernten.
Daher auch das Wohlwollen, mit dem man auf dieser Seite das
Vorgehen der Herren Oppersdorff und Nieborowski unterläßt.

Die Zentrumspartei hat alle Veranlassung, reinen Tisch
zu machen. Sie muß einig und geschlossen dastehen, umso mehr,
als rechts und links die Gegner sie erkennen. Links und auch
rechts. Gewiß hat die konservative Partei seit längerem Zen-
trumskandidaten unterstützt. Aber, das ist schließlich bei der jetzigen
politischen Lage und bei der Unterführung, die die Konservativen
durch das Zentrum erfahren haben, nicht anders möglich. Im
übrigen betrachten weite konservative Parteikreise genau wie der
Herr Schwerin-Witz das Zentrum als unerfreuliche Er-
scheinung. Das kam auch auf der Tagung des Bundes der
Landwirte zum Ausdruck, die einen scharfen Vorstoß gegen die
Stellung des jetzigen Reichstages und damit auch gegen das Zen-
trum unternahm. Es ist unnötig, dieser Haltung ein Wort der
Kritik zu widmen, es ist nur nötig, darauf hinzuweisen, daß wir
auf uns selbst angewiesen sind.

Auf der Essener Tagung hat Oberlandesgerichtsrat Marx
erklärt: „Nur keine Ueberstürzung, keine unzeit-
gemäßen, unwilligen Ausbrüche des Bornes nach
beiden Seiten, keine unsachgemäße Erregung, keine über-
flüssigen Versammlungen mit noch überflüssigeren Dis-
kussionen.“ Diese Worte unterschreiben wir vollinhaltlich. Es
hat keinen Zweck, jetzt überall weitere Protestversammlungen
gegen die Vorgänger und Quertreiber einzuberufen. Wir tragen
dadurch noch weitere Beunruhigung in die Kreise der
Zentrumswählerschaft. Aus der Kenntnis der Verhältnisse heraus
müssen wir noch einmal wiederholen: Man erweist den Vorgängern
und Quertreibern den größten Gefallen, wenn man sich tagtäglich
mit ihnen beschäftigt. Dadurch werden sie in der Meinung be-
festigt, als ob wir vor ihrer Ministerarbeit Angst hätten. Nein,
wir müssen sie mehr ignorieren, und umso entschuldener
an dem Ausbau unserer eigenen Organisation tätig sein. Da-
durch paralysieren wir die gefährlichen Einflüsse besser und nach-
haltiger, als durch große Reden.

Glänzender Zentrums-Sieg in Köln-Land

Köln, 18. Febr. Bei der gestrigen Reichstagswahl
erhielten: Oberlehrer Ruchhoff (Zentrum) 3562,
Redakteur Sollmann (Soz.) 24,400, Eisenbahnschlosser
Scaruppe (nfl.) 6,664 Stimmen. Auf einen pol-
nischen Kandidaten fielen 144 Stimmen. Oberlehrer
Ruchhoff (Zentrum) ist gewählt.

Bei der Hauptwahl im Januar 1912 wurden von 82,048
Wahlberechtigten insgesamt 66,598 Stimmen abgegeben; davon
erhielt Ruchhoff (Zentr.) 33,372 Stimmen. Der Kandidat der So-
zialdemokratie erhielt 24,288, der nationalliberale 8,549 Stimmen.
200 Stimmen entfielen auf die Wirtschaftliche Vereinigung, 146
auf die Polen. Die Gesamtzahl der Wähler betrug diesmal rund
90,000.

Eine gewaltige Arbeitsleistung des Zentrums ist mit der
gestrigen Wahl zum ehrenvollen Abschluß gekommen. Als anfangs
Dezember 1912 die Linke des Reichstages die Ungültigkeitserklärung
der Wahl Ruchhoffs aussprach, bedeutete das für viele keine Ueber-
raschung. Man hatte es kommen sehen und rechnete sogar mit
Bestimmtheit darauf, daß die Linke des Reichstages so rasch
als möglich die Wahl in Köln-Land wegen formaler Unregel-
mäßigkeiten kassieren und damit den Linksparteien die Möglich-
keit geben werde, ihre schwache Mehrheit im Reichstage zu stärken.
Der Wahlvorstand der Zentrumspartei in Köln-Land hatte in
Vorausicht dessen, was kommen würde, für den Fall der Un-
gültigkeitserklärung Vorkehrungen getroffen. Die Parteiorganisation
war von Grund auf reorganisiert.

Von Januar ds. J. seite dann eine umfassende Aufklärungs-
arbeit in Versammlungen und in der Presse ein. Derselbige
Zentrumsmann unterhielt weitgehend die Arbeit des Partei-
vorstandes. Alle überragte aber in der Agitationsarbeit der Kan-
didat des Zentrums, Oberlehrer Ruchhoff. Selbst in den kleinsten
Ortschaften stellte er sich den Wählern vor und begeisterte sie für
das Zentrum. Circa 200 Versammlungen wurden abgehalten; jeder
Wähler erhielt Gelegenheit, den Zentrumskandidaten kennen zu
lernen und ihn auf Herz und Nieren zu prüfen. Auch öffentlichen
Ausdenkungen mit der Sozialdemokratie ging das Zen-
trum nicht aus dem Wege und stellte hier seinen Mann, wenn
es auch über den Wert solcher Diskussionen nicht im Zweifel
war. Während des ganzen Wahlkampfes, der, früh begonnen,
über sechs Wochen mit steigender Heftigkeit tobte, hielt sich das
Zentrum streng im Rahmen vornehmer Sachlichkeit. Mit Geduld
wurde die Politik des Zentrums verteidigt, mit Wärme und Ueber-
zeugung das Zentrumsprogramm verteidigt und schlüssigst wür-
den die von den Gegnern erhobenen Vorwürfe widerlegt.

Nicht möglich waren auch die Gegner des Zentrums. Die
Nationalliberalen stellten ihren früheren Kandidaten, den Eisen-
bahnschlosser Scaruppe wieder auf und suchten für ihn Stimmung
zu machen. Mit welchem Erfolge, zeigen die Wahlslisten.

Mit Feuereifer zogen dagegen die Sozialdemokraten in den
Wahlkampf. Wohl bei seiner früheren Wahl haben sie eine solche
Ansammlung von Agitationsarbeit geleistet, wie dieses Mal. Der
ganze Wahlkampf wurde durch Wort und Schrift von ihnen wochen-
lang intensiv bearbeitet. Die Sozialdemokratie hoffte das rote
Banner, das sie, nicht durch eigenes Können, in Köln-Stadt, auf-
richten konnte, auch über Köln-Land hissen zu können. Mehrere
Umstände kamen ihrem heißen Bemühen entgegen. Die Demo-
kraten erklärten sich sofort als ihre Bundesgenossen. Der Kölner
Polizeiprozess wurde zu sozialdemokratischen Parteizwecken
ausgebeutet. Die Quertreiber im katholischen Lager lieferten
besonders willkommene Waffen gegen das verhaßte Zentrum. Graf
Oppersdorff und Pfarrer Nieborowski, wurden gegen das Zentrum
ins Feld geführt. In krumpellosester Weise wurde gegen das Zentrum
Sturm gelaufen. Fast ein Duzend Flugblätter, die in der Auf-
weckung des Zentrumshasses das Mögliche leisteten, wurden in
hunderttausenden Exemplaren im Wahlkreise verteilt.

Alle ihre Kräfte und Leistungen scheiterten jedoch an dem
gesunden Sinn der Bevölkerung, an der Zentrumstreue unserer
Wähler. Fast 2000 Stimmen hat das Zentrum mehr erhalten als
1912. Die Nationalliberalen haben rund 2000 Wähler
verloren. Es geht überall vorwärts, das beweist auch wiederum
diese Wahl. Unseren Gruß der rührigen Parteileitung und den
Zentrumswählern von Köln-Land!

Deutsches Reich

Die Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz

Die beruhigende Kundgebung der Kölner Bischofs-
konferenz wird von allen Freunden der Eintracht und des Friedens
mit dankbarer Freude begrüßt. Die Oberhirten legen zunächst
kurz und klar die kirchlichen Grundsätze und Vorschriften dar,
die hinsichtlich der Arbeiterorganisationen gelten und knüpfen daran
die ernste und eindringliche Mahnung, daß die katholischen Kreise
sich der Polemik enthalten müssen über die Frage der
Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit einer Organisation, die allein
von der kirchlichen Autorität zu entscheiden ist.

Es waren in Köln zusammengetreten die Oberhirten der
Rheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diö-
zesen, nämlich der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von
Trier, Osnabrück, Hildesheim, Paderborn und Münster, also die
Oberhirten des Nordwestens von Deutschland, der bei seiner hoch-
entwickelten Industrie und der zahlreichen Arbeiterkraft von den
Johannis und Streitigkeiten auf dem gewerkschaftlichen Gebiete
besonders in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die Bischöfe bezeichnen selbst als den Zweck ihrer Kun-
dgebung, „der zuerst in weiten Kreisen des kath. Volkes, namentlich
in den großen Industriezentren ihrer Sprengel, hinsichtlich der
gewerkschaftlichen Organisationen enthaltenden Beunruhigung“ ent-
gegen zu wirken. In dem größten Teil dieses Gebietes ist be-
kanntlich die Organisationsfrage so geregelt, daß die katho-
lischen Arbeiter in den konfessionellen Arbeitervereinen ihre religiö-
sitten Interessen pflegen und in den christlichen Gewerks-
schaften für ihre wirtschaftlichen Interessen eintreten; in der
Diözese Trier bestehen im Anschluß an den „St. Petrus“ katho-
lische Arbeitervereine und Fachabteilungen, die zugleich die ge-
werkschaftlichen Interessen vertreten. Der Herr Bischof von Trier
hat die Kundgebung mit beschlossen und unterzeichnet. Schon
diese Tatsache macht es vollends unmöglich, daß irgend ein Eiferer
oder Quertreiber den Verdacht erwecken könnte, es habe etwas
Einseitigkeit oder Parteilichkeit an der Kundgebung. Die ver-

einigten Bischöfe lassen jeder „Richtung“ ihr Recht zuteil wer-
den, aber auch ihren Schutz gegen ungerechte und gemeinschäd-
liche Angriffe. Das einmütige Vorgehen der versammelten
Bischöfe macht die Verteilung der polemischen Ausschreitungen
besonders eindringlich.

Die Bischöfe wollen keine neuen Grundsätze aufstellen,
sondern die bestehenden Richtlinien für das Verhalten der katho-
lischen Arbeiter „in Erinnerung bringen“. Die klare und über-
sichtliche Darlegung durch die Oberhirten hat aber einen großen
beruhigenden Wert angesichts der hier und da hervorge-
tretenen Versuche, die kirchlichen Vorschriften nach einer vor-
gefaßten Meinung um- und auszubilden. In dieser Hinsicht fällt
ins Gewicht, daß die Bischöfe die Mitgliedschaft von Katholiken
zu den bestehenden christlichen Gewerkschaften nicht bloß
als gebührend, sondern auch als erlaubt bezeichnen. Es war
nämlich in der Polemik die Auffassung vertreten worden, die
christlichen Gewerkschaften dürften höchstens als notwendiges Übel
geduldet, aber nicht als eine erlaubte Einrichtung befördert wer-
den. Diese Ueberstürzung wird abgewiesen, und die Erklärung
der Bischöfe findet ihre Grundlage in dem Wortlaut der Enzyklika,
wo es heißt, tolerari posse et permitti, — geduldet und gestattet
werden können. Ebenso ihre Befestigung in dem jüngsten Schrei-
ben des Kardinal-Staatssekretärs an den Erzbischof von
Wien, welches feststellt, daß das System der interkonfessionellen
Vereine „von Seiner Heiligkeit unter bestimmten Umständen für
gewisse Länder als nicht unerlaubt erklärt wurde.“

Daß diese „bestimmten Umstände“ für die christlichen Gewerks-
schaften in Deutschland vorliegen, haben die zuständigen Bischöfe
entschieden. Wer mit dieser Entscheidung der Bischöfe nicht zu-
frieden ist, mag sich unter Umständen zur Anrufung der ober-
sten kirchlichen Instanz in Rom veranlaßt sehen können; aber
er hat als Katholik nicht das Recht, die öffentliche
Meinung gegen die kirchliche Behörde mobil zu machen.

Die ernste Erinnerung an die pflichtmäßige Selbstbe-
herrschung in der Polemik bildet das Schlüsselstück der bischof-
lichen Kundgebung. So greift das Mahnwort der Oberhirten har-
monisch ein in die Bestrebungen zugunsten des Friedens und der
Eintracht, die neuerdings von anderer Stelle aus gegenüber den
Werten und Gefahren der Gegenwart eingesetzt haben. In dieser
Stelle ist schon vor einigen Tagen hervorgehoben worden, daß die
unberufenen Richter und Sittenrichter nicht bloß die Brüder trafen,
sondern auch die kirchliche Autorität verletzen, indem
sie in deren Machtbereich eingreifen und deren Urteilen vor-
greifen. Die Bischöfe sagen klar und bestimmt:

„Die Entscheidung darüber, ob ein Widerspruch zwischen den
Grundsätzen einer Organisation und dem Sittengesetz der katho-
lischen Kirche eingetreten ist, hat der hl. Stuhl sich vorbehalten,
an den die Bischöfe zu berichten haben. Diese Frage soll daher
nicht Gegenstand der Polemik seitens katholischer Kreise werden,
sonst ist es um den Frieden gekommen, dessen Erhaltung für die
gegenwärtige Entwicklung und Betätigung der Kirche in Deutsch-
land unerlässlich notwendig ist.“

Unter Hinweis auf die ausdrückliche Weisung des hl. Vaters
und die Kundgebungen der früheren Bischofskonferenzen folgt dann
die ernste und eindringliche Mahnung, „solche unzulässige Pole-
mik zu unterlassen, sowie die Verteilung aller und jeder Maß-
losigkeit in Kritik und Angriffen.“

Wenn die Katholiken allmählich den Worten und Wünschen
der Oberhirten entsprechen, so kommen wir auf den „Frieden
von Mey“ zurück. In der Zwischenzeit hat sich doch deutlich
genug gezeigt, daß der Bruderkrieg nur den Feinden der guten
Sache Freude und Vorteil bringt.

Die Politik der Bündler

Ob der Bund der Landwirte, trotz der vielen anderen Bünde,
der Bund schlechthin genannt, zuvörderst eine wirtschaftliche oder
eine politische Organisation sein soll, läßt sich auf den General-
versammlungen des Bundes schwerlich entscheiden. Dort ist jeden-
falls der politische Einschlag weit stärker, als die wirtschaftliche
Seite und auf der letzten großen Generalversammlung am Montag
wurde vollends nur von Politik gesprochen, wie denn auch die
Resolution, die zur einstimmigen Annahme gelangte, rein politische
Forderungen trug. Wenn die großen und kleinen Landwirte allmäh-
lich zur großen landwirtschaftlichen Woche in die Reichshaupt-
stadt kommen, bietet ihnen die große Berliner Presse alles andere
als einen frohen Willkommensgruß und doch muß einen der
Gedanken erregen, daß tausende von monarchistisch gesinnter Männer,
die ihr Vaterland schon darum lieben, weil sie an seiner Ehre
haften, in der Stadt des Freisinn und der Sozialdemokratie ein
Befehlshaus ihrer Vaterlandsliebe und monarchischen Gesinnung
abgeben. Drum braucht man noch lange nicht alles zu unter-
schreiben, was in den Bündlerversammlungen gesprochen und
beschlossen wird. Zumal auf dieser letzten 21. Generalversammlung
des Bundes der Landwirte ist gar manches geäußert worden, was
recht weit fremd und durch ein Jahrzehnt überholt klang
und zu einem nachsichtigen Kopfschütteln geradezu herausforderte.
Daß der Bund der Landwirte mit dem jetzigen Reichstag und
der Reichsleitung nicht zufrieden ist, konnte nicht überraschen, denn
im Vorjahre wurde schon daselbstes Lied gehört; der maßlose
Lunus des Herrn v. Odenburg-Jenusch an dem Reichs-
tag und dem Kanzler gab der Bündlerlei Unzufriedenheit aller-
dings eine neue Note, die in ihrer Dissonanz mit der Zeit, in
der wir nun einmal leben, unüberhörbar wurde, aber der geistige
Jammertanz durch das Hervorholen einer Absichtserklärung des
Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. — die übrigens gar keine
war — ein leicht verständliches Merkmal zum Absolutismus
abgelegt. Versöhnlich kann dabei allerdings wirken, woran Herr
v. Odenburg jedenfalls nicht gedacht hat, daß die Landbewer-
tung des Königs: Was da, nichts da! sich gegen die Ansprüche
der Junker und Stände richtete. Die derbe Sprech- und Kampf-
weise des Herrn v. Odenburg ist aber hinlänglich bekannt, so daß
man seine Schläger und agitatorischen Töne nicht allzu ernst zu
nehmen braucht.

Spannend klang im übrigen aus fast allen Reden, die
auf der Generalversammlung der Bündler gehalten wurden, die
Anforderung an die bürgerlichen Parteien heraus, gemeinam
im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzu-
treten und mit dem Bunde zur Förderung des deutschen
Wirtschaftslebens zusammenzugehen. Diese Anforderung wäre viel-
leicht wirksamer gewesen, wenn mit derselben nicht für eine jede
Partei eine ganze Reihe von Vorwürfen und Verfassungsmäßig-
keitsverletzungen verbunden worden wäre, die, wie wir gern zugeben, manch-
mal ganz berechtigt waren. Dem Zentrum wurde zwar das
Jugendschutzgesetz, daß ohne seine Mitarbeit eine erprobte
nationale Politik nicht betrieben werden könne, aber gleichzeitig
wurde ihm auch seine Haltung bei Verabschiedung der großen
Bedürfnisse des letzten Sommers vorgehalten und bedauert,
daß durch sein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie im
Reichstag die demokratischen Elemente in ihm immer mehr über-
wogen würden. Auch wurde ihm nahegelegt, bei der Konkurrenz-
kampfs mit der Sozialdemokratie keine Aufgaben in der Agrar-
und Mittelstandspolitik nicht zu vergessen. Mag sein,
daß diese Ratschläge gut gemeint waren; das Zentrum wird

sich dadurch aber im Verfolg der von ihm als gut erkannten Politik nicht irremachen lassen; wenn unter dem Konkurrenzkampf des Zentrums mit der Sozialdemokratie ein unablässiger und erfolgreicher Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verstehen ist, dann kann von einer Dämpfung dieses Kampfs doch nicht die Rede sein und allemal hat das Zentrum noch gezeigt, daß es bei diesem Kampf auch die Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstands wohl zu vertreten weiß. Darum wird das Zentrum auch überall da mit dem Bund der Landwirte gleichen Weg gehen, wo das Wohl des Bauernstands und das Interesse der Gesamtheit gefördert werden können.

Die katholischen Arbeiter

Die Bezirkspräsidenten der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözese Köln besaßen sich, wie die Diözesanblätter Dr. C. Müller der „Westf. Landeszeitung“ mitteilen, in ihrer letzten Sitzung eingehend mit den Konkurrenzfragen, die in den Kreisen der katholischen Arbeiter, besonders der Mitglieder der Arbeiter- und Knappenvereine, in den letzten Tagen entstanden sind. In einem ausführlichen Schreiben an den Herrn Erzbischof von Köln wurden die Verdächtigungen der katholischen Gewerkschaften der Arbeitervereinsmitglieder und ihrer Angehörigen an den St. Vater zurückgewiesen. Die Bezirkspräsidenten bitten in ihrer Eingabe den Herrn Erzbischof, dem St. Vater selbst von der Lage und Stimmung der katholischen Arbeiter Mitteilung zu machen.

Die Reichstagswahl im Kreise Jerichow

Berlin, 17. Febr. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt heute Abend parteiöffentlich:

„Im Reichstagswahlkreis Jerichow 1 und 2 haben am kommenden Freitag die Wähler darüber zu entscheiden, ob der fünftägige Vertreter des Wahlkreises der Rechten oder der Linken des Reichstages angehören soll. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 galt die Stichwahlparole: „Keine Stimme einem Kandidaten der Rechten!“ Seitdem hat sich die Gegenpartei gegen die Konservativen noch verschärft. Gerade im Wahlkreis Jerichow haben die Konservativen den Kampf gegen den Liberalismus in überaus häßlichen Formen mit Verunglimpfungen und Unwahrheiten geführt. Entsprechend für die liberalen Wähler muß die Rücksicht auf die Mehrheitsbildung im Reichstag sein. Die Mehrheitsbildung muß erhalten und gehärtet werden, und dies ist zu mehr, als die Linke eben erst das Mandat des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten des Wahlkreises Jerichow-Ost verlor. Wir halten es daher für dringend geboten, daß die liberalen Wähler am kommenden Freitag dem konservativen Kandidaten jegliche Unterstützung verweigern.“

Nun, das war ja zu erwarten, wird aber hoffentlich trotzdem unjournistisch sein.

Ein Gesetzentwurf betr. Geburtenrückgang

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten, der von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Reichstag beantragt wird, enthält folgende drei Paragraphen:

§ 1. Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Verhütung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder unterjagen. Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des geistlich-ethischen Schutzes entgegensteht. Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er veranlaßt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

§ 2. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einen Verkehrsbeschränkung oder einem Verkehrsverbot oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt. Ist der Verkehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auch die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen wird, wenn nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verurteilt ist, bestraft, wer Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Verhütung der Schwangerschaft bestimmt sind, öffentlich ankündigt oder anpreist.

Sozialdemokratischer Bekennermut

Bekennermut fordern heute von den Genossen innerhalb der Partei diejenigen Kreise, die die Idee des Austritts aus der Kirche propagieren. Von folchem „Bekennermut“ entwickelt in den sozialdemokratischen Parteimonitor, der „Neuen Zeit“ (1914, 18) der Vorsitzende des „Zentralverbandes proletarischer Freidenker“, Genosse Wente (Dresden) folgendes angelegte Bildchen: „Heute liegt die Sache leider so, daß sich viele Parteigenossen im Gegensatz zu ihren Worten bewegen und dabei nicht selten der Väterlichkeit verfallen. Oder wirkt es nicht geradezu komisch, wenn ein Parteigenosse am Abend in der Versammlung aufsteht, um den religiösen Ideen Palet zu sagen, dahin zu arbeiten, daß schon die Kräfte der Jugend klar werden und der alte Religionsergebenheitsgedanke aus der Menschheit verbannt wird, und am andern Tage geht er mit dem Jolinder in die Kirche, um nach alter Gewohnheit und aus Gründen kleinbürgerlichen Aufwandsgefühls seine eigenen Kinder taufen oder konfirmieren zu lassen oder gar selbst seine Ehe von einem Priester einsegnen zu lassen, von dessen Lehren er eine entgegengesetzte Meinung hat. Ein derartiges Verhalten muß natürlich auf die Dauer schädlich wirken, und schon oft hörten wir in weiten Kreisen der Arbeiter gegenüber den Führern abfällige Worte, weil diese trotz ihrer sonst der Masse gepredigten Lehre des Sozialismus anders handeln, als wie ihre Ausführungen den Schluß zu ziehen Veranlassung gaben. Schon aus diesen Gründen dürfte es notwendig sein, daß die Partei zur Frage der Kirchenbeteiligung eine klare Stellung einnimmt, will sie sich den Vorwurf ersparen, daß sie aus Gründen der falsch angebrachten Toleranz und aus Opportunitätsgründen nicht die Kraft findet, zu einer Frage klare Stellung zu nehmen, die immer weitere Kreise, insonderheit der organisierten Arbeiterklasse, erfaßt.“ — In diesen Offenheiten, die die „Konsequenz“ und die Überzeugungstreue mancher Kreise in der Sozialdemokratie in einem eigentümlichen Licht erscheinen lassen, gibt dem Genossen Wente der Umstand Veranlassung, daß die Partei nicht die Kraft findet, sich für die Kirchenaustrittsbewegung zu erklären. Natürlich aus falschen Gründen! Denn in Wirklichkeit ist ja die Sozialdemokratie so kirchen- und religionsfeindlich, daß eine offizielle Förderung der Kirchenaustrittsbewegung völlig in ihren Charakter hineinpaßt würde!

Ein neuer Forstner-Prozess

Baßern, 17. Febr. Vor dem Landgericht stand heute Zivilklage gegen den Leutnant v. Forstner zum Termin. Die Klageschrift behauptet, daß Forstner im Sommer 1913 ein damals kaum 14 Jahre altes noch unbescholtenes Mädchen verführt habe. Als Entschädigungssumme wurden vom Vater des Mädchens 2000 Mark gefordert. Die Verhandlung wurde dem Antrage des Vertreters des Beklagten entsprechend auf den 28. April vertagt. Die lange Verhandlung ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß Forstner zurzeit noch minderjährig (!) ist, aber zu Oftern das Alter von 21 Jahren erreicht, so daß er dann seine Sache persönlich vertreten kann. — Wir wundern uns, daß der Jüngling noch immer den Offiziersrock tragen kann.

Kleine politische Nachrichten

Berlin, 17. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages lehnte heute vormittag die als erste Bauakte im Etat des Innern angeforderten 145.800 Mark für das in Verbindung mit dem königlich-preussischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin zu errichtende Reichsarchiv ab.

München, 17. Febr. Zur Deckung des nach vorläufigen Schätzungen über 2 Millionen Mark betragenden Defizits im Staatshaushalt beabsichtigt die Regierung u. a. die Einführung eines Stempels auf Mietverträge. Die Abgabe soll sich, wie verlautet, auf 3 Prozent des Mietbetrages belaufen. Auch ein Zuschlag zu der Reichserbschaftsteuer in

Höhe von 25 Prozent sowie die Erhebung einer Wertzuwachssteuer soll beabsichtigt sein. Das betreffende Gesetz wird Anfangs nächster Woche erwartet.

Ausland

Die neue Regierung in Schweden

Stockholm, 17. Febr. Die Entlassung des Ministeriums Staaff ist bewilligt und das neue Ministerium ernannt worden. Dasselbe setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Krieg: v. Hammareijöld; Außen: Knut Wallenberg, Mitglied der Ersten Kammer; Justiz: Doffelrot, Präsident des schwedischen Hofgerichts; Marine: Brostrom, Schiffsreeder in Gothenburg und ehemaliger Abgeordneter; Inneres: Landeshauptmann v. Sydow; Finanzen: Bennereten, Fabrikbesitzer und Abgeordneter; Unterricht: Wehmann, Universitätsprofessor; Ackerbau: Baron Johan v. Bed-Zris, Mitglied der Ersten Kammer; drei Ministerien ohne Portfolio erhalten: Oberst Merde und die Expeditionschefs Stenberg und Wimmer.

Der neue Ministerpräsident ist im Auslande als Mitglied des Haager Schiedsgerichts und als Präsident des Schiedsgerichts in der Casablanca Angelegenheit bekannt. Der neue Finanzminister Bennereten ist einer der schwedischen Unterhändler für den neuesten Handelsvertrag zwischen Schweden und Deutschland gewesen. Die das Svenska Telegrammherausgeber hervorhebt, ist es gelungen, geschickte und erfahrene Männer mit politisch gemäßigten Anschauungen zu sammeln. Das hauptsächlichste Ziel des Ministeriums wird offenbar die Lösung der Landesverteidigungsfrage sein.

Von der Balkanhalbinsel

Prinz von Wied in London und Paris

Berlin, 17. Febr. Der Prinz von Wied reiste heute mittags 1 Uhr nach London ab. Er wird den Rückweg über Paris nehmen. Die plötzliche Abreise des Prinzen zu Wied nach London und Paris hat eine eigenartige Vorgeschichte, die des finanziellen Hintergrundes nicht entbehrt. Die für den neuen Staat zugesagte Anleihe verzögert sich nämlich, da die französischen und englischen Finanzkreise bisher wenig Lust hatten, sich an der Anleihe für Albanien zu beteiligen, das man politisch als ganz im Fahrwasser des Dreibundes schwimmend ansehen mußte. Es erregte auch in Paris und London einige Verwirrung, daß die Vorkreditbewilligung des künftigen Reiches von Albanien sich nur auf die Höhe des Dreibundes erstreckte. In Berlin war der Prinz zu Hause, und Rom und Wien besuchte er besonders. Während der Reise des Prinzen nach Rom und Wien sondierte sein Geheimsekretär, Kapitän Deaton Armstrong, die englische Regierung, wie sie sich zu dem Besuch des Prinzen in London und Paris stellen würde. Die englische Regierung setzte sich mit dem Pariser Kabinett in Verbindung. Der Kapitän Armstrong konnte nach Wien, wo er mit dem Prinzen zusammentraf, die Versicherung mitnehmen, daß der Besuch des Prinzen in London und Paris willkommen geheißen würde. Durch diesen demonstrativen Besuch bei den Mächten der Entente hofft der Prinz, die Vorkredite dieser Länder für die internationale albanische Anleihe günstig zu stimmen. Die Reise soll auch demonstrieren, so wird offiziell gesagt, daß das neue Staatswesen sich nicht unter das Protektorat einer Mächtegruppe begibt, sondern gleichmäßig das Wohlwollen aller Großmächte sucht.

Die serbisch-bulgarischen Beziehungen

Sofia, 17. Febr. Heute überreichte der neu ernannte serbische Gesandte Tschololantich dem Könige sein Beglaubigungsschreiben mit einer Ansprache, in der es heißt: Die Mission hat zum Ziele, die guten Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien wiederherzustellen und zu pflegen. Ich werde gemäß den Absichten der königlichen Regierung alle meine Bemühungen darauf richten, die Beziehungen und die so zahlreichen gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Nachbarn auszusprechen. Der König schloß seine Erwiderung: Indem ich Sie vom heutigen Tage an meiner Unterhaltung und der Mitwirkung meiner Regierung verleihe in allem, was Ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe wird erleichtern können, heiße ich Sie, Herr Gesandter, unter uns willkommen.

Keine Verdächtigung!

Das Haus der Abgeordneten war in den letzten Tagen das Ziel sehr vieler Beamtendeputationen. Alle unteren Beamtenklassen waren vertreten. Bei aller bürgerlichen Parteien wurde wohlwollende Unterhaltung für die eingereichten Petitionen erbeten.

An erster Stelle wird in den Petitionen Gehaltsverhöhung und Verbesserung des Wohnungsgeldzuschusses verlangt. Die übrigen Wünsche sind nicht von sehr weittragender Bedeutung. Eine allgemeine Erhöhung der Beamtensumme hätte eine grundsätzliche Änderung der Besoldungsordnung vom 26. Mai 1909 zur Folge. Hierzu will aber die Staatsregierung, nach den wiederholten Erklärungen des Finanzministers, nicht die Hand bieten; das gleiche kann auch vom Herrenhause gesagt werden. An diesen beiden Widerständen würde eine allgemeine Reform des Beamtensoldengesetzes auch dann scheitern, wenn im Landtag eine Mehrheit hierfür vorhanden wäre.

Die Staatsregierung will Entgegenkommen zeigen; aber nur die Beamtensumme 1 bis 5 und 13 bis 14 berücksichtigen. In diesen Klassen befinden sich vorwiegend solche Beamten, die gleichgestellt werden sollen mit den Reichsbeamten. Für diesen Zweck werden 19,3 Millionen durch ein besonderes Gesetz nachbewilligt. Es kann nicht verkannt werden, daß zahlreiche Beamtensummen berechtigt und begründet sind. Das wurde auch von den Abgeordneten des Zentrums, die mit den Beamtendeputationen verhandelt haben, anerkannt; aber ebenso freimütig wurden auch die unüberwindlichen Schwierigkeiten geschildert, die einer allgemeinen Änderung der Besoldungsordnung im Wege stehen. Dennoch soll alles versucht werden, wenigstens die größten Härten, unter denen insbesondere die gehobenen Unterbeamten zu leiden haben, zu beseitigen. Jeder ehrliche Kenner der parlamentarischen Verhältnisse wird rücksichtslos diesen Standpunkt billigen. Um so auffälliger mußte es erscheinen, daß einige Beamten, die vorher mit linksstehenden Abgeordneten verhandelt haben, die Frage ganz schäblich aufwarfen: „Wird das Zentrum mit den Konservativen auch kein Kompromiß schließen gegen die Gehaltsverhöhung?“ und „Warum hat das Zentrum für die Auszahlung der Beamtensummen aus der Etatsberatung gestimmt?“ Auf Kosten der Wahrheit soll also auch dieses Mal das Zentrum von vornherein als der Sündenbock bezeichnet werden. Im Geheimen wird gehegt und verächtelt, und wenn am Schluß nicht alle Beamtensummen erfüllt sind, dann wird es genug liberale Propheten geben, die dann sagen: „Wir haben gleich gesagt, das Zentrum hat nicht gewollt. Wir haben genug Anträge gestellt und Reden gehalten; aber das Zentrum!“ So wird gegen die Zentrumspartei mit bestimmter Tendenz Stimmung gemacht. Aus welcher Quelle die Verdächtigungen stammen, wird sich nicht feststellen lassen; aber auf jeden Fall darf die Zentrumsfraktion des Landtags erwarten, daß die Parteifreunde in der Beamtenschaft allen wahrheitswidrigen Behauptungen und beweislosen Verdächtigungen rücksichtslos entgegenreten.

Die Regierungsvorlage betreffs Novelle zum Beamtensoldengesetz liegt dem Abgeordnetenhaus noch nicht vor. Es ist daher ganz unmöglich, daß die Fraktion dazu hat Stellung nehmen können, und geradezu unfähig ist es, von einem Kompromiß mit den Konservativen zu reden. Nicht einmal die Parteiführer haben darüber auch nur ein Wort miteinander gewechselt. 1909 haben alle bürgerlichen Parteien das Beamtensoldengesetz durch ein Kompromiß verabschiedet. Eine Partei nahm Rücksicht auf die andere, und alle Parteien zusammen mußten den Wünschen der Regierung und des Herrenhauses Entgegenkommen zeigen. Nur dadurch konnten die vielen Klippen damals umschifft werden. Vielleicht kann auch dieses Mal ein ähnlicher Weg betreten werden. Oder

solte es Leute geben, die aus agitatorischen Gründen eine Verdächtigungs aller Parteien nicht wünschen? Wir warten die Dinge ab.

Am 13. Januar 1914 bei der Generaldebatte über den Haushaltsetat wurden auf Anregung des Abgeordneten Wimmer und aufgrund einer Verhändigung aller Parteien die Beamtensummen aus der Diskussion ausgeschaltet. Als Begründung wurde mit Recht angeführt, daß erkennen die Regierungsvorlage noch nicht in den Händen der Abgeordneten sich befindet und daß zweitens die Beamtensummen und Petitionen, losgelöst vom Etat, viel eingehender behandelt werden können, als wenn sie im Etat untertauchen. Derselbe Haltung nahm auch die Budgetkommission bei der Vorbereitung der bisherigen Einsetzung ein. Das Zentrum hat also nur dasselbe getan, was alle anderen Parteien auch getan haben; aber das Zentrum muß auf jeden Fall verdächtigt werden.

Unsere Anhänger sollten mit offenen Augen und Ohren die Entwicklung in den einzelnen Beamtensummen beobachten. Politisch neutral sollen sie sein; aber es liegen doch Anzeichen vor, die auf eine Zentrumsfreundschaft unter dem Einfluß der Fachpresse, der Führer und Redner hindeuten. Wenn das Zentrum stets helfen soll, dann kann es verlangen, daß es nicht ohne Grund verdächtigt wird.

Aus aller Welt

Proletarier aller Länder...

Zu einem Artikel „Ungleichheit der Völker“ in den Sozialistischen Monatsheften (1914, 2) schreibt Genosse Dr. L. Quessel: „Man mag das Einkommen eines europäischen Arbeiters noch so niedrig einschätzen, so ergibt sich doch eine so gewaltige Ungleichheit der Lebenshaltung, daß jede Lebensgemeinschaft zwischen dem asiatischen und dem europäischen Proletariat schlechterdings ausgeschlossen scheint. Das Proletariat europäischer Herkunft kommt mit Interesse und Sympathie die Kämpfe der gelben Arbeiter im eigenen Land verfolgen, sobald diese aber ihre Lage verbessern wollen, indem sie in den Ländern des weissen Mannes auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, erweist sich die Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben also so groß, daß angesichts der brutalen Klassenkämpfe, der überall entbrannt, wo gelbe und weiße Arbeiter aufeinanderstoßen, der Natur: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, vorläufig wirkungslos verhallen muß.“ — Also von einem Zusammenbruch des Proletariats aller Länder sind wir noch so weit ab, die Möglichkeit eines solchen liegt überhaupt in einer Ferne, daß dem obengenannten Naturruf allerhöchstens die Bedeutung eines allgemeinen Spruches beizumessen ist. Recht bitter für die völkerverfeindende Sozialdemokratie!

Eine lustige Jesuitengeschichte

berichtet die sozialdemokratische „Osnabrücker Abendpost“ aus Osnabrück. Einen Vortrag eines Jesuitenpaters hatte in den letzten Tagen der Klub Osnabrück, eine erkrankte Vereinerung, bestehend hauptsächlich aus Angehörigen der nationalliberalen Partei. Der betreffende Klub hatte sich zu einem Vortrag über Wagner's Bühnenweissagen „Paris“ einen Professor Demmes aus Mainz verschrieben, ohne zu wissen, daß der betreffende Professor Mitglied des Jesuitenordens ist. Wie uns mitgeteilt wurde, sollen die Jesuiten bei einer Anzahl von Klubmitgliedern bei Erkenntnis der Sachlage recht verärgert gewesen sein. Die heisse Situation, in der sich die Jesuiten befanden haben, spiegelt sich deutlich in dem Bericht des „Versenbrüder Kreisblattes“ wieder. Wir können es gut verstehen, daß der Beifall, den der Vortragende am Schluß des zweiten Teiles des Vortrages, „Die Weltanschauung des Paris“, erntete, zurückhaltend und geteilt gewesen ist. Dieser Hineinfall hat eine große Heiterkeit bei der übrigen Bevölkerung ausgelöst. Auf jeden Fall haben die Herren vom Klub Osnabrück, wenn auch unfreiwillig dafür gesorgt, daß Osnabrück auch in dieser Sache Osnabrück nicht nachsteht. — Während die Nationalliberalen in Osnabrück den Vortrag des Jesuitenpaters Cohns verhindern wollten, haben sich jene in Osnabrück eigens einen bestellt. Die Sache ist wirklich sehr lustig.

*

Köln, 17. Febr. (Eine neue Schleuse.) Bekanntlich hat die Regierung die Mittel zum Bau einer neuen Schleuse in Köln bewilligt. Nachdem nun die Vorarbeiten beendet sind und das erforderliche Baugelände erworben ist, wird mit den eigentlichen Arbeiten demnächst begonnen werden.

Dortmund, 16. Febr. Hier brach die Ehefrau des Lehrers Bengel mit ihrem vierjährigen Töchterchen in den Kanal. Der Wert des Bootshauses, der den Vorgang beobachtet hatte, unternahm sofort Rettungsversuche, doch gelang es ihm nur, das Kind lebend an Land zu bringen. Die Frau ertrank; ihre Leiche ist geborgen. Die Frau, die seit längerer Zeit gemütskrank war, vollführte die schreckliche Tat in einem Augenblick geistiger Umnachtung.

Düsseldorf, 17. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Errichtung eines Stadions am Rhein. Dieses soll als erstes in Deutschland mit gedeckten Gängen ausgestattet werden. Es sind Plätze für alle Sportarten zur Ausübung, u. a. auch ein Schwimmbad, vorgesehen.

Essen, 16. Febr. Gestern fand die Eröffnung von 373 Juhlaren des Kruppischen Werks statt, die auf eine 25jährige oder längere Arbeitszeit im Dienste der Firma zurückzuführen konnten. In einer Ansprache an die Jubilare führte Herr Krupp von Bohlen und Halbach u. a. aus: — „Oft kommt mir, wenn ich beim Gange durch die Werkstätten die Arbeit einzelner sehe, besonders die Tatsache zum Bewußtsein, wie sorgfältig und genau die Ausführung der Arbeiten erfolgen muß, soll nicht nur das einzelne Teil, sondern auch nicht das ganze Schalen leben. Und mit diesem Bewußtsein verbindet sich die Anerkennung des Geleisteten, die Freude an der Zuverlässigkeit des deutschen Arbeiters, der Stolz, mitarbeiten zu dürfen an der Aufgabe, aus für die Zukunft diese Grundlagen deutschen Erfolges, gesund und stark zu erhalten. Die Möglichkeit, bei Gelegenheit zur Arbeit zu bieten und zu erhalten, darauf ist die Werkleitung, wie mein festes Bemühen gerichtet.“

Kassel, 17. Februar. Im benachbarten Hofhaarshausen überfiel heute früh gegen 7 Uhr der kasseler Fabrikarbeiter Ernst Reule eine Frau und drei Kinder und schlug sie mit einem Beile nieder. Das jüngste Kind wurde schwer verletzt, sodas an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Frau und die beiden anderen Kinder wurden auch erheblich verletzt, doch besteht bei ihnen keine unmittelbare Lebensgefahr. Reule galt als müderer und fleischer Mann, hatte sich aber wegen der Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, in letzter Zeit dem Trunk ergeben und wiederholt die Absicht geäußert, sich ein Leid anzutun.

Berlin, 16. Febr. (Ein reichsgefährliches Verbot der Ehrlich'schen Heilmittel?) Die die „Korrespondenz-Umschau“ erfährt, beschäftigt sich das Reichsgesundheitsamt mit der Frage der Salvarsan-Zubereitung (bisher circa 270), der Salvarsan-Erfindungen und Vergiftungen. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes hatte infolgedessen eine Konferenz mit dem Berliner Volksklub Dr. Drems gewollt, der als Spezialarzt für Syphilis schon vor drei Jahren in der Sitzung der dermatologischen Gesellschaft am 13. Dezember 1910 Ehrlich angeklagt hatte, daß er vorzeitig, nach nur fünfmonatlicher Prüfung bei nur einigen hundert Fällen sein Arsenpräparat herausgebracht und ihm Eigenschaften zugeschrieben habe, die es nicht besitze. Wie von der verlässlicher Seite mitgeteilt wird, hat Herr Volksklub Dr. Drems nach einer langen Konferenz, die im Januar 1914 mit dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes stattfand, in Anbetracht der Todesfälle und Erbkrankungen nach Ehrlich-Data 606 dem Reichsgesundheitsamt eine Denkschrift überreicht, in welcher angeführt der schweren Gefahr für Leben und Gesundheit im öffentlichen Interesse von Reichswegen ein Verbot von Ehrlich-Data 606 oder Anwendung in einer Dosis, die die staatliche Arsenmaximaldosis überschreitet, verlangt wird.

München, 17. Febr. Drei Holzarbeiter wollten am Sonntag den Walchensee überqueren. Kurz vor dem Ziel barst die Eisschleife und die drei versanken im See. Gestern fand man ihre Leichen.

Posen, 16. Febr. (Ein Skandal.) In einem Kuffen errögender Sittenfandal werden immer mehr Personen, von Teil aus angehenden Familienkreisen, hineingezogen. Gestern wurden wieder vier Personen wegen Vergehens gegen den Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches verhaftet. Außerdem wurde eine auf der Durchreise befindliche Schauspielerin wegen Sittlichkeitsverbrechen in Haft genommen.

Angers (Deu. Maine et Loire), 17. Febr. In der höheren Staatsgewerkschaft ist heute Nacht unter den Jäglingen eine Unruhen ausgedehnt, weil mehrere ihrer Kameraden, denen ein

Alte, die verweigert worden war, über die Mauer springen wollten, und dabei festgenommen wurden. Der Direktor der Schule sowie zwei Lehrer wurden arg mißhandelt. Bei mehreren Schülern, die an der Weigerung teilgenommen hatten, wurden Revolver gefunden.

Kalborg, 17. Febr. In der Land- und Diskontobank in Kalborg unterliegen zwei Beamte, die privat an der Börse spekulierten, 641.000 Kronen im Laufe der letzten Monate. Aktienkapital, Reserven und Garantiefonds der Bank bedecken die Unterstellungen, so daß die Bank nicht in Liquidation zu kommen dürfte.

Tripolis, 16. Febr. (Schredensstaten eines Irren.) Einem eingeborenen Händler namens Berri Khan war es hinterbracht worden, daß ihn seine Frau mit einem anderen Händler hintergehe. Der Eifersüchtige lud darauf die Familie seiner Frau zu einem Essen ein, an dem auch Berri's Familie, seine Frau und vier Kinder teilnahmen. In das Essen hatte Berri ein bezauberndes Mittel gemischt, so daß bald die ganze Gesellschaft, insgesamt neun Personen, in tiefer Bewusstlosigkeit lag. Berri begann darauf eine unfürsorgliche Schänderei. Mit einem Schwert tötete er alle Personen bis auf seine Frau, die er in Fesseln legte. Sodann schlich sich Berri in das Haus seines Lebensgefährten und tötete diesen. Als derselbe erschien, tötete ihn Berri durch einen Scherenschnitt. Den Kopf des Mannes schlug Berri ab und nahm ihn mit in seine Wohnung. Inzwischen war Berri's Frau aus ihrer Bewusstlosigkeit erwacht. Berri zeigte ihr den Kopf des Lebensgefährten und tötete die Frau auf grausamste Weise, indem er ihr unter allerlei Lügenreden nachsahend alle Glieder abschlug. Dann erhängte sich der irrsinnige Mann.

Volkswirtschaftliches

* Die Raiffeisen-Organisation im Jahre 1913. Dem Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisen) gehörten am 31. Dezember 1913 5482 Mitglieder an, und zwar 4485 Spar- und Darlehensgenossenschaften und 997 Betriebsgenossenschaften. Es bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 196 Mitgliedern, der sich mit 112 auf die Spar- und Darlehensgenossenschaften und mit 84 auf die Betriebsgenossenschaften verteilt. Der genannte Mitgliederbestand von 5482 Genossenschaften Ende des abgelaufenen Jahres verteilt sich auf die 13 zur Raiffeisen-Organisation gehörigen Landes- und Provinzialverbände in folgender Weise. Es zählten die Verbände mit dem Sitz in Berlin 710 Genossenschaften, Braunschweig 213, Breslau 785, Danzig 414, Erfurt 553, Frankfurt a. M. 217, Halle 444, Koblenz 461, Königsberg i. Pr. 368, Ludwigsburg (Rhein) 282, Nürnberg 479, Posen 35 und Stralsburg i. Ost. 494; dazu kommen 25 direkte Mitglieder des Generalverbandes.

Berichtssaal

Volkspflege contra Volksversicherung

Berlin, 16. Febr. Heute fand vor dem hiesigen Landgericht die Verhandlung in der Klage der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherung AG. Volksfürsorge in Hamburg gegen die Deutsche Volksversicherung AG. in Berlin statt. Als Vertreter der Klägerin war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Wolfgang Heine, für die Beklagte der Rechtsanwalt Ulrich erschienen. Die Klage gründete sich darauf, daß die Deutsche Volksversicherung in verschiedenen Bundesländern die Behauptung aufstellte, bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen, der Linkspartei einen neuen starken Kriegsschlag im Kampf gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen. Die Klägerin verlangte nach § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unterlegung der Behauptung und weiteren Verbreitung der betreffenden Flugblätter. Nach längerer Ausföhrungen der beiden Anwälte fällt die Kammer folgendes Urteil: Die Klage wird abgewiesen, die Kosten des Verfahrens werden der Klägerin auferlegt.

Haus- und Landwirtschaft

* Eine ländliche Industrie von großer Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung ist die Kartoffeltrocknung. Sie ist bereits seit einigen Jahren in der Osthälfte der preussischen Monarchie in großem Umfang und mit gutem Erfolg eingeföhrt. Sie macht einestheils die Verwendung der Kartoffeln zur Spiritus- und Schnapsbrennerei größtenteils überflüssig und wirkt ihr in segensreicher Weise entgegen. Zugleich bedeutet sie auch insofern Erhaltung großer volkswirtschaftlicher Werte, als bei dem bisherigen Betrieb nachweisbar jährlich Millionen von Zentnern Kartoffeln durch Fäulnis oder sonstigen Verderben verloren gingen, wovon noch die in Mieten und Kellern untergebrachten Kartoffeln erhebliche Gewichts- und Stärkeverluste erlitten. Trocknet man dagegen sind sehr dauerhaft, leicht aufbewahrbar und sehr leicht und bilden ein gesundes und leicht verdauliches Futter mittel, das auch als Ersatz der großen ausländischen Maiszuföhre für Deutschland einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Gewinn darstellt. Nun scheint diese Verwertungswiese sich auch bei uns im Westen mehr einzubürgern zu wollen. Im „Land“ (1913) Nr. 21 berichtet in einem Aufsatz „Die Kartoffeltrocknung, ein neuer Zweig der Landwirtschaft in der Provinz Hannover“ Generalsekretär Busen, Hannover, über einen Versuch genossenschaftlicher Föhrtung der Kartoffeltrocknungsfrage, den die landwirtschaftlichen Hauptvereine der Bezirke Hünneburg und Stade unternommen haben. In diesen Bezirken, wo die Verhältnisse den Kartoffelbau in größerem Maßstabe zur Notwendigkeit machen, sind bereits an 16 Orten Kartoffeltrocknungs-Genossenschaften gegründet worden. Betriebsweise und Geschäftsgang wurden den

Die Kagenpfote

Roman von B. M. Croker.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Alvin Fischer.

36. Fortsetzung.

Ich weiß nicht, wie ich an jenem Tage meinen Verpföhlungen nachkam. Das Lesen, Schreiben und Sprechen mit meinen kleinen Schülern wurde mir zur Qual, zudem war der kleine Rabscha Kaddara ganz besonders mürrisch. Dann kamen die Klaviers- und Gitarrenstunden, und wenn die kleinen Mädchen aus ziemlich gelächelten Fingerringen hatten, so ging ihnen doch leichtes mürrisches Gebröl ab. Diese Mürrische waren wahre Folterqualen für meine hochgeputzten Nerven, so daß ich mich mehr als einmal versucht fühlte, laut aufzudröhnen und meinen Kopf gegen die Wand zu stoßen, wie es die Eingeborenen tun.

Endlich war alles überstanden, und die kleinen Quälgeister waren ab. In der Nachmittagsstunde schlüpfte ich mich dann in den Garten, und zwar in den abgelegensten Teil, wohin sich die Damen des Palastes nur selten wagen. Ich habe ihn bereits besichtigt, jenen Saubergarten mit seinen Marmortischen, seinen blühenden Bäumen und Sträuchern und der Pracht der Rosen- und Granatbäume, jenen Garten, wo goldgelbe und purpurrote Schmetterlinge umherflatterten und blaue Tauben und grüne Papageien sich auf den Zweigen wiegten. So schön dieser entzückende Aufenthaltsort in seiner echt tropischen Pracht aber auch war, so hatte er doch einen großen Nachteil: er konnte bis in seine entferntesten Ecken vom Palaste aus übersehen werden, und — der Palast hatte tausend Augen.

Langsam schlenderte ich auf einen weißen Pavillon zu, der nach allen vier Seiten offen, ein Meisterwerk seiner Steinbauarbeit war. Eine frische Brise wehte von den über der Stadt liegenden Bergen hernieder, die schwebelähnlichen Blätter der hohen Palmen bewegten sich leise rasselnd und die Luft war vom Wohlgeruch der wachsenden Blüten des Korbbäumchen getränkt, als ich mich niederlegte und meinen Kopf an den kühlen Marmor lehnte.

Ich glaube, ich war nahe daran, einzuschlummern, denn mein Geist war erschöpft vom Denken und Suchen nach einem Auswege aus all dem Wirrwarr. So schlieftrunken aber war ich doch nicht, daß ich das Geräusch naher Schritte überhört hätte. Als ich mich aufrichtete, stand Mr. Thorold vor mir. Sie hatte ihn

drücklichen Verhältnissen angefaßt. Während anderwärts die Kartoffeltrocknung hauptsächlich Verkaufsware herstellt, arbeiten die genannten Genossenschaften in erster Linie für den eigenen Bedarf. Im Herbst 1913 haben bereits 6 der Genossenschaften den Betrieb eröffnet.

Von Lahn und Westerwald

* Aus der Diözese Limburg, 16. Febr. (Unserer kath. Arbeitervereine.) Da die weittragende Bedeutung katholischer Arbeitervereine immer mehr gewürdigt wird, — ist auch die Arbeit innerhalb der Leitung desselben intensiver geworden. Die einzelnen Vereine sind unter sich zusammengeschlossen in Bezirks- und Diözesanverbänden, die seit 1912 zu einem großen Kartellverband der westdeutschen Arbeitervereine vereinigt sind. Für diesen ist eine umfassende statistische Erhebung angestellt worden, die da nur wenige Vereine fehlen, als Gesamtbild dienen kann. Ende 1912 zählte der Westdeutsche Verband 77 Bezirksverbände mit 1139 Vereinen und 203.680 Mitgliedern. Im Jahre 1912 allein war ein Zuwachs von fast 100 Vereinen und 16.590 Mitgliedern zu verzeichnen, von denen die meisten auf die Diözese Köln fielen. Die meisten der neu hinzugekommenen Mitglieder rekrutierten sich aus neugegründeten Vereinen, während alte Vereine nur geringere Zunahmen zu verzeichnen haben. Es ist also nach dieser Hinsicht größere Werbetätigkeit nötig. Dagegen ist die Neugründung besonders in ländlichen Bezirken sehr erfolgreich gewesen. Die Notwendigkeit dafür ist klar in der Ausdehnung der industriellen Verhältnisse gegeben. Auch in vielen unserer Westerwaldorte macht sich die Industrie immer breiter, weshalb der Gründung von kath. Arbeitervereinen auch da immer mehr Aufmerksamkeit zu schenken notwendig ist, um dem Einbringen sozialdemokratischer Bestrebungen bei unserem Landvolk und besonders bei der Arbeiterschaft vorzubeugen. In unserer Diözese bestehen 4 Bezirksverbände: für Rheingau, Maingau, Taunus, Westerwald — mit insgesamt 54 Vereinen und 4474 Mitgliedern. Dabei sind auch einige Vereine als Männervereine bezeichnet, sie haben aber die nämliche Bedeutung wie die Arbeitervereine. Der Limburger Diözesanverband hat auf seinem letzten Delegiertenkongress am 21. Juli 1913 die Richtlinien für eine geordnete Arbeit und die Ziele der Vereinstätigkeit gegeben, die sich nun praktisch bewähren sollen. Ein eigenes Winterprogramm war vorgeschrieben, das ebenso eine Anregung auf religiösem Gebiete wie auch zur sozialen Schulung des Arbeiterstandes schaffen soll. Daneben aber ist auch mehrfach eine Förderung der Wohlstandsbestrebungen angebahnt worden. Insbesondere wurde dem Sparfassenwesen wie auch der Einführung von Hilfskassen und der Verpföhle als der billigen Volksversicherung großes Interesse entgegengebracht. Bereits in 10 Vereinen unserer Diözese bestehen solche Kasseneinrichtungen, die nach dem Erwachen des Volksinteresses an diesen Einrichtungen der Zukunft sehr eine wertvolle Förderung erfahren werden. Daß ein lebendiger Zug durch die katholische Arbeiterarbeit geht, die die Förderung der Zeit versteht, erhellt auch daraus, daß etwa 30 Prozent aller Mitglieder der kath. Arbeitervereine auch gewerkschaftlich organisiert sind.

Derungen, 16. Febr. Am Sonntag feierten die Eheleute Jos. Wilhelm Lang und Elisabeth Christiane geborene Kähler das Fest der goldenen Hochzeit.

Weilburg, 16. Febr. Die Weilburger Gasbelenungs-gesellschaft hat vom 1. April ab für Leucht-, Koch- und Heizgas den Einheitspreis von 16 Pfg. für den Kubikmeter festgelegt. Für Kraftgas zum Motorbetrieb bleibt der feierliche Preis von 13 Pfg. für den Kubikmeter bestehen. — Der hier geborene Versicherungsagent Karl Brennerhausen verstarb in Frankfurt zahlreiche Versicherungsschwinder. Er ließ sich von den Antragstellern die Prämie im Voraus geben, ohne daß er die Versicherungen anmeldete. Geheuer wurde er in Frankfurt von einigen Beschäftigten auf der Straße erkannt, die seine Verhaftung veranlaßten.

Güdingen, 17. Febr. Die Gemeinde hat ihre Jagd an die Herren Rentner Karl Kärber und Hofsier Richard Koll, beide von Wiesbaden, freihändig für die Summe von 1050 Mark verpachtet. Seitdem wurden nur 471 Mark erlöst.

Wissigkofen, 16. Febr. Unser Ort erhält nun auch eine Postfiliale mit Telefonanschluß, wodurch einem lang gehegten Wunsche entsprochen wird.

Vom Main und Taunus

Das Kaiserpaar in Homburg v. d. S.

H. Bad Homburg v. d. S., 17. Febr. Wie die „Reichszeitung“ heute meldet, trifft das Kaiserpaar am 27. oder 28. März zum diesjährigen Frühlingaufenthalt hier ein. Der Kaiser wird etwa 6 Wochen, die Kaiserin 8 Wochen hier verweilen.

* b. Bremthal, 17. Febr. Ein im „Schilfenhof“ abgehaltener Elternabend nahm, bei starkem Besuche, einen schönen Verlauf. Die von Mitgliedern des Turnvereins gebotenen Leistungen fanden warmen Beifall; ebenso die Vorträge des Gesangsvereins „Niederkrantz“.

Dorfheim, 17. Febr. Der hiesige Karnevalsverein veranstaltet nach vierjähriger Pause in diesem Jahr am Faschingsmontag einen Karnevalszug. Fast sämtliche hiesigen Vereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Er umfaßt circa 40 Mannern.

Grödenheim a. M., 16. Febr. Die hiesige Polizeiverwaltung hat den Vorkänden der Arbeiter-Sänger, -Turner und

Regierung am Ende gar auf eine Kündigung Ihrerseits gefaßt machen müssen? ... Sprechen Sie rasch“, fügte er in plötzlich veränderter Tone hinzu. „Was gibt es? Sind Sie krank?“

„Nein, ich bin nicht krank; ich bin überhaupt niemals krank, und ich habe auch nicht nach Ihnen geschickt. Aber ich bin sehr froh, daß Sie gekommen sind, denn ich befinde mich in einer höchst schwierigen Lage.“

„Aus der ich Ihnen hoffentlich heraushelfen kann.“

„Ach nein, ich glaube es nicht.“

„Um was handelt es sich denn?“

„Um Sie und die Berlen, die Zastraverlen.“

„Aber ich bitte Sie, meine liebe Frau Herrars ...“ Er hielt einen Augenblick inne und fuhr dann fort: „Was haben Sie mit diesen Hofgeschichten zu tun? Die Rani Sundaram brennt darauf, die Juwelen wegen der Hochzeit in ihren Besitz zu bringen, ich habe mich aber bestimmt und in aller Form gegen den Ankauf ausgesprochen, und gottlob, mein Wille ist, wenigstens was die Verwendung der Einkünfte des Landes anbelangt, Gehe.“

Damit setzte er sich mir gegenüber auf das Geländer. Er sah lächelnd und wohl aus in seinem blauen Anzug und hatte sich offenbar von der Malaria gänzlich erholt.

„Wie kommt es denn, daß Sie in den Kampf um die Berlen hineingezogen werden?“ wiederholte er.

„Ich will es Ihnen sagen. Gestern Abend ließ mich die Rani in ihre Privatgemächer kommen ... O, es war entsetzlich! Sie überschüttete mich mit Drohungen und sagte, ich solle Sie warnen, denn ihre Krallen seien gefährlich. Sie erinnerte sich, daß sie unser Gespräch damals belauschte, als wir sie eine böse alte Rake nannten.“

„Ja, aber was wollte sie denn von Ihnen?“

„Die Berlen, die Zastraverlen.“

„Er brach in lautes Lachen aus. „Das ist alles?“

„O, lachen Sie nicht“, sagte ich ungeduldig, „es würde Ihnen wahrhaftig vergehen, wenn Sie sie gehört hätten. Sie ist ganz auf die Berlen erpicht, ihre Seele würde sie dafür verkaufen.“

„Er lachte. „Dann würde niemand viel geben. Hat sie überhaupt eine Seele?“

„Bitte, lassen Sie mich ausreden!“ (Kengstlich schaute ich mich um, aber es befand sich weit und breit kein Mensch.) „Die Rani glaubt, ich könne Sie beeinflussen, aber ich weiß natürlich, daß das Unsinn ist.“

„Nein, nein, darin hat sie vollkändig recht“, gestand er mit großem Ernst, so daß mir das Blut ins Gesicht stieg.

„Sie befaß mir, Sie zum Kauf der Berlen zu bewegen. Ihre Familie, so behauptet sie, fange nun allmählich an, sich von

„Kabsfahrer die Mittelung zugehen lassen, daß ihre Vereine, weil sie auch die „politische Erziehung“ der Mitglieder bezwecken, aufgrund des Reichsvereinsgesetzes als politische Vereine zu gelten haben.“

H. Frankfurt a. M., 17. Febr. (Das nächste Frankfurt.) Bei einer nächtlichen Streife durch das Bahnhofsviertel fielen gestern der Polizei 40 Personen in die Hände, meistens Bettler und Dirnen.

H. Frankfurt a. M., 17. Febr. (Ein salomonisches Urteil.) Der hiesige Magistrat hatte entgegen dem Beschluß des Fortbildungsausschusses den Stadtverordneten und Fachlehrer Walter zum Rektor der Fortbildungsschule gewählt. Gegen die Wahl legte ein Stadtverordneter beim Regierungspräsidenten Protest mit der Begründung ein, daß Walter nicht die vorgeschriebenen Befähigungen gemacht habe. Von Wiesbaden ging die Angelegenheit zur Entscheidung nach Berlin. Und hier fällt das Ministerium ein geradezu salomonisches Urteil. Herr Walter wurde als Rektor nicht bestätigt; aber, so sagt der ministerielle Erlaß, der Magistrat darf Herrn Walter als „Schulleiter“ anstellen. Da nun eine Schulleiterstelle für die Fortbildungsschule im städtischen Etat nicht vorhanden ist, die Rektorstelle mit Herrn Walter aber nicht besetzt werden darf, so muß das Gehalt des Schulleiters erst bewilligt werden, was jedenfalls in der Stadtverordnetenversammlung nicht so leicht gehen wird, weil man sich mit dieser Verletzung der bürgerlichen Selbstverwaltungsrechte durch den Magistrat in weiten Kreisen nicht einverstanden erklärt.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Sonntag fand hier eine Beamten-Versammlung statt, in welcher folgende Resolution einstimmig Annahme gefunden: „Die von über 600 unteren Beamten beauftragte Verammlung des Bezirksvereins Frankfurt (Main) des „Verbandes der unteren Post- und Telegraphen-Beamten“ hält im Hinblick auf die bei den Gehobenen hervortretenden großen Härten und Ungleichheiten in der Beföhrung, deren Beförderung als dringend notwendig anerkannt ist, die Berücksichtigung dieser Beamtenklasse neben derjenigen der Landbriefträger in der Novelle zum Beföhrungsgesetz für ein Gebot dringender Notwendigkeit. Die Bezirksversammlung gibt der Forderung Ausdruck, daß Regierung und Reichstag Mittel finden werden, um das Gehalt der gehobenen unteren Post- und Telegraphen-Beamten noch durch den Etat 1914 in ausreichender Weise zu erhöhen.“

Vom Rhein

e. Biebrich, 18. Febr. In Nr. 35 dieser Zeitung veröffentlichten wir einen kurzen Bericht über einen hier gehaltenen Vortrag: „Die nationale Einheitschule“. Hierbei hieß es: „Der Redner betonte, daß es auch seine Partei (die Fortschritt. Volkspartei) gewesen sei, die die Einheitschule geföhrt habe und am Bunde mit der Sozialdemokratie mit allen Mitteln und aller Energie dafür kämpfe und wirke.“ — Diese Ausführungen will nun der Redner, Herr Lehrer Nieder, nicht gemacht haben. Er fordert uns daher zur Nichtabstellung auf, welschen Verlangen wir hierdurch nachkommen. Nun hat unser Korrespondent das Wort.

o. Schierstein, 17. Febr. In der gestrigen Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1914 festgestellt. Der vom Gemeindevorstand aufgestellte Haushaltsvoranschlag sieht eine Einnahme von 178.675 Mark und eine Ausgabe von 178.625 Mark vor. Eine Erhöhung des Aufschlages zur Einkommensteuer von 10 Prozent ist dabei vorgeesehen, da eine anderweite Deckung des Fehlbetrages nicht möglich ist. — Die Steuerzuschläge betragen für die Folge 140 Prozent zur Einkommensteuer, 180 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 Prozent zur Betriebssteuer. — Auf Antrag des Königl. Konstitutoriums wurde beschlossen, das Organisationsamt in der hiesigen evang. Kirche in dauernde Verbindung mit einer Lehrstelle zu bringen. — Ein Pachtvertrag mit dem Hgl. Wasserbauamt Bingerbrück (besl. Strandbad) wird genehmigt. Der Pachtpreis beträgt 100 Mark pro Jahr. Die Errichtung von Bäumen usw. sowie der Fahrbetrieb bedürfen besonderer Vereinbarungen. — Die letzte Volksversammlung brachte einen Erlaß von 3237 Mark. Die Tagesordnungsgenehmigung wurde erteilt. — Nach Schluß der Versammlung verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Rheingau-Elektrizitätswerke, in dem sie bitten, das ihnen durch Vertrag vom 5. September 1912 eingeräumte alleinige Recht zur Verlegung elektrischer Leitungen statt auf 10 auf 12 Jahre, also bis zum 1. Aug. 1924, zu verlängern. Als Gegenleistung würden sie den Strompreis zu Beleuchtungszwecken schon vom 1. Februar 1914 statt vom 1. Januar 1915 ab auf den Betrag von 40 Pfg. pro Kilowattstunde festsetzen. Einer Verlängerung des Vertrages wurde zugestimmt.

i. Eltville, 17. Febr. Bei der Submissionseröffnung zu den Erweiterungsarbeiten am hiesigen städt. Krankenhaus ergaben sich folgende Preisnotierungen: Erd- und Maurerarbeiten 3557—4451 Mark, Steinbauarbeiten 307 und 328 Mark, Eisenlieferung 241 Mark, Zimmerarbeiten 3940—4430, Dachdeckerarbeiten 1859—2132 Mark, Spenglerarbeiten 289—310 Mark, Schreinerarbeiten 1771—2299 Mark, Schlosserarbeiten 433—510 Mark, Glaserarbeiten 1074—1138 Mark, Tücher- und Anfrichterarbeiten 2029—3035 Mark, Tapezierarbeiten 221—233 Mark. Eingegangen waren 37 Offerten Eltviller Handwerksmeister und Firmen.

i. Dicksch, 18. Febr. Heute Mittwochabend 8 Uhr findet in der „Atrone“ eine Winterveranstaltung statt, wobei Herr Weinbaumsbektor Schilling über die „Nebenabblüßbekämpfung“ sprechen wird.

i. Geisenheim, 18. Febr. Heute Mittwoch, 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im „Kathol. Vereinshaus“ Teilens des

den Kämpfen mit den Fremden zu erholen; Gefühle, Ansehen, alles sei dank ihrer Bemühungen zurückgekehrt. Das Einzige, was ihr zur gänzlichen Wiederherstellung des früheren Glanzes noch fehle, sei der Besitz der Zastraverlen. Es könne Jahrhunderte annehmen, bis sich der Familie wieder ein solcher Glüdsfall darbiete, und ich solle ihnen sagen, daß, wenn Sie ihn vereiteln, Sie ihren Lohn schon finden werden. Sie ist fest entschlossen, die Berlen zu erwerben; voll Ungeduld wartet Abraham auf die Antwort der Rani und auf die Abreise.“

Mr. Thorold lachte nicht mehr. Doch aufgerichtet starrte er mich an.

„Und was verspricht Sie Ihnen für den Fall, daß Sie mir eine glückliche Antwort abnähmeln?“

„Rechtensichend Plumb.“

„Natürlich lachten Sie ihr ins Gesicht?“

„Nein“, antwortete ich nachdrücklich. „Mir war es gar nicht lächerlich zu Rute; ich litterte am ganzen Körper.“

„Aber warum denn? Das begreife ich nicht. Was haben Sie zu befürchten?“

„Abraham sagte mir, daß die Rani Sundaram imstande sei, jedermann aus dem Wege zu räumen, der sich ihr so wie sie hindernd entgegenstelle. Sie kenne Gifte, deren Wirkung so geheim sei, daß derjenige, dem sie beigebracht werden, anschließend eines ganz natürlichen Todes an Fieber oder Cholera sterbe und kein Mensch Verdacht schöpfen könne. Ihr Verfahren mißglaube nie. Manchen Gläubiger habe sie auf diese Weise schon zum Schweigen gebracht, mancher Feind sei im Palast verschwunden, und kein Mann habe danach getrachtet.“

„Wenn Sie oder ich verurteilt werden, ginge es nicht ohne ernste Nachfragen ab, das dürfen Sie mir glauben!“ rief Thorold mit großer Entschiedenheit.

„Jedermann fürchtet Sie.“

„Nur ich nicht!“ rief er, plötzlich aufspringend. „Obwohl ich, recht wohl weiß, daß ihr Leben eine einzige Kette von Noheiten war, so soll sie die Berlen doch nicht bekommen, selbst nicht über meinen Leichnam. Abraham ist ein Spion, ein Erischurke, der so wenig ein Berler ist als ich, sondern halb Portugiese, halb Singhalese, daher auch seine Vorliebe für Edelsteine. Er geht von einem vornehmen Hause zum anderen, hängt närrischen Weibern seine Schmeicheleien auf, bringt dadurch die verarmten Staaten vollends an den Bettelstab und vertut dann seinen Gewinn in gemeiner Verschwendung. Ich glaube — obwohl man ihm sonst nichts glauben darf —, daß er seine Erziehung zum Teil in England genossen hat, dann aber mit Schimyl und Schande das Land hat verlassen müssen. Er soll irgendwo zum Christentum

mäßige, sondern nur einfache Heilerei, die das Gericht mit einem zweiten und einem verurteilten schweren Diebstahl ihm mit 14 Monaten Gefängnis anreichte.

Kreppelzeitung

Die Kreppelzeitung, die jetzt im Verlage der Wiesbadener Verlagsgesellschaft G. m. b. H. erscheint und eine Fülle humoristischer und satirischer Beiträge enthält, wurde in diesen Tagen zur Ausgabe gebracht. Die erste 12000 Exemplare starke Auflage ist am Erscheinungstage abgesetzt worden. Die zweite Auflage ist gestern erschienen. Die Kreppelzeitung ist in allen Buchhandlungen, Zeitungskiosken, sowie in den Geschäftsstellen der Verlagsgesellschaft Nikolaistraße 11 und Mauritiusstraße 12 zu haben.

Vermischte städtische Nachrichten

Dem Geh. und Oberkriegsrat Winter in Wiesbaden wurde der Kronenorden 2. Kl. verliehen.

Kirchenrat Eßlinger hat seine Villa Röhringstraße 7 für 70 000 M. an einen in Schierstein tätigen Kaufmann Wagemann verkauft.

Gestern nachmittag starb die 68 Jahre alte Stickerin L. Wolf am Hause Neugasse 22 so unglücklich die Treppe hinunter, daß sie den linken Unterarm brach. Sie wurde von der Sanitätskommission in das Krankenhaus gebracht.

Der große Kamin im Hauptbahnhof geriet gestern abend in Brand, weshalb die Feuerwehre alarmiert wurde, die das Feuer in kurzer Zeit löschte.

Einen guten Ausgang scheint der Mordanschlag zu nehmen, dem vor einigen Tagen der Schüler Malinowski zum Opfer gefallen ist. Der Junge, der einen Schädelbruch erlitten, befindet sich auf dem Weg der Besserung.

Holzversteigerungen

Wiesbaden, Freitag, 20. Februar, vormittags, soll in dem Stadtwald „Oberer Sehen“ versteigert werden: 1. 14 Rmr. Eichen-Scheit- und Brägelholz, 2. 111 Rmr. Buchen-Scheitholz, 3. 219 Rmr. Buchen-Brägelholz und 4. 7000 Buchen-Tuchfortschlagsweiden. Kreditbewilligung bis 1. September 1914. Zusammenkunft vormittags 10½ Uhr, vor Kloster Klarental, Restauration „Jägerhaus“.

Wiesbaden, Montag, 23. Febr., vormittags, sollen in dem Wald „Linden“ versteigert werden: 1. 470 Rmr. Buchen-Scheit- und Brägelholz und 2. 5710 Buchen-Weiden. Zusammenkunft vormittags 10½ Uhr, vor dem Hause Platterstraße 73.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Richard Wagner-Verband deutscher Frauen

Zum Vorteil ihres, der Förderung und Popularisierung von Wagners gewaltigem Lebenswerk dienenden Unterstüßungsfonds hatte die hiesige Ortsgruppe sich gleich drei Sensationen verschrieben: Herrn Kammerfänger Einar Forchhammer als begeisterten und begeisterten, in Wagners Ideen besonders tief eingedrungenen Poeten am Rednerpult über „Richard Wagner als Dramatiker“; seine Gattin Frau Rana Forchhammer als Interpretin skandinavischer Lieder und am Flügel als meisterlichen Begleiter Herrn Professor R. Mannsacker, der Unermüdbaren und allseitig Verehrten, wenn es gilt, Gutes zu unterstützen. In lebendiger und anregender Sprache gab Herr Forchhammer einen tiefgründigen, summierten Überblick über den dramatischen Kern des Gesamtwerks des Richard Wagners, über den Gehalt einzelner Werke im theatralem Gedanken und Bühnenspektakel, an Wundern der Poesie und Metrik, über Wort, Ton und dramatische Darstellung, über die hohe Bedeutung der Reimotive, über Wahl und Inhalt der fagenhaften Dramenstoffe, die meist auf dem Gedankengedanken basieren, über das ideale Verhältnis zwischen Dichtung und Musik bei Wagner, über den Kampf des Dichters und Musikers Wagner mit der Umwelt usw. Da wurden alle die Gedanken vor dem geistigen Auge lebendig, die Forchhammer und unschätzbare auf der Bühne so lebendige und liebenswerte und überaus gewaltig vorgetragen hat. Reicher Beifall lohnte seine lehrreichen Ausführungen, die den gewöhnlichen und denkenden Kenner der Wagnerwerke verrieten. Frau Forchhammer sang mit klar ausgedehnter, umfangreicher und gesunder Stimme und liebenswürdig-ausdrucksvoller Vortrag Lieder von Sinding, Herff, Mafker, Melartin, Lange-Müller. In der Zwischenpause wurde Tee und Gebäck gereicht und so das Angenehme mit dem Nützlichen glücklich verbunden. Die Veranstaltung war meist von Damen besucht und von bestem Erfolge begleitet.

Kunstnotizen

Westendtheater. Am Donnerstag wartet das Danauer Operetten-Ensemble, welches sich hier bereits großer Beliebtheit erfreut, mit einer neuen Gabe auf. Zur Aufführung bringt Direktor Steffert den Musikschwan „Filmzauber“ von Bernauer und Schaner. Musik von Brechneider und Kollo.

Kurttheater (Walhalla). Am Mittwoch, 25. Februar, soll ein lustiger, vortrefflicher Schwan „Höhenrausch“ das Licht der Lampen erblicken. Als Autoren zeichnen zwei Wiesbadener, der Hdl. Hofbau-Ingenieur Walter Jollin und Philipp Dörner. Es finden nur drei Aufführungen der Novität statt und zwar Mittwoch, 25. (Premiere), Donnerstag, 26. und Freitag, 27. Februar. Der Villetorverkauf beginnt heute Mittwoch.

Letzte Nachrichten

Der Gesundheitszustand im deutschen Heere

Berlin, 18. Febr. Eine kurze Umfrage wegen der Gesundheitsverhältnisse im deutschen Heere ist von den Hgg. Baffermann und Schiffer im Reichstage eingebracht worden.

Die deutschen Kriegervereine

Berlin, 18. Febr. In der Zeitung des preussischen Landes-Kriegerverbandes, des Deutschen Kriegerbundes, des Kriegerbundes und des Deutschen Landes-Kriegerverbandes ist jetzt der bereits angekündigte Wechsel eingetreten. Unter 9. Februar ist durch Rabinetsordre die Wahl des Generals der Infanterie von Wieg zum Präsidenten bestätigt worden.

Reitunfall des Königs der Belgier

Brüssel, 17. Febr. Als König Albert heute morgen in der neunten Stunde bei seinem Spazierritt, den er, wie alljährlich, von seinem Adjutanten begleitet, im Souvenir Walde, der schönsten Umgebung Brüssels, unternimmt, in den Villenort Voitsort gekommen war, glitt das etwas unruhige junge englische Halsbündel dadurch aus, daß es mit den Hinterbeinen auf die Bordwand des Trottoirs geriet, und warf hierbei den König, der ein vorzüglicher Reiter ist, aus dem Sattel. Leider blieb der König mit dem linken Fuß ein paar Augenblicke im Steigbügel hängen und wurde von dem erschrocken sich bäumenden Pferde einige Schritte geschleift. Bevor der Adjutant das Tier zum Stehen bringen konnte, eilten auch Passanten hinzu und hoben den König auf. König Albert war sehr unglücklich mit voller Wucht auf den linken Arm gestürzt, so daß der heftige Schmerz im Zusammenstoß mit dem Sturze eine kurze Benommenheit herbeiführte. Als der Berührungslücke in einem Schnell aus der Umgebung requirierten Privatautomobil — ein Weg von etwa 20 Minuten — im Stadtschloß ankam, warteten schon die inzwischen benachrichtigten Ärzte und stellten einen Bruch des linken Armes fest. Eine heute mittag erfolgende Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen wird ergeben, welcher Natur der Bruch ist. Voraussichtlich erscheint er nicht kompliziert; auch andere, innere Verletzungen dürfte der König nicht davongetragen haben.

Fulda, 17. Febr. In Burghausen hat heute ein achtstündiger Brand gewüthet, der zwei Gasthöfe, mehrere Bauernhöfe und eine Brennerei einäscherte. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bielefeld, 17. Febr. Der frühere Handelsminister von Möller hat zur dauernden Erinnerung an die Befreiungskämpfe vor 100 Jahren und zum Andenken an das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers unter dem Namen „Möller-Gedächtnis-Stiftung Eigenheim“ eine Stiftung errichtet, die Erwerb von Bau-

und Wohnland zu Ansiedelung von Arbeitern und Angestellten der beiden Firmen R. Th. Möller und Friedrich Möller in Bradwebe bezweckt.

Diebstahl, 17. Febr. In der letzten Nacht ist ein heftiger Wollenbruch über Diebstahl und Umgebung niedergegangen. Ein Teil der tiefer gelegenen Stadt ist vollständig überflutet. Die Einwohner haben sich auf die Dächer geflüchtet. Zahlreiche Häuser wurden weggerissen. Der Wollenbruch hat außerordentlich großen Schaden verursacht; in Manjova und Puente de Plata sind mehrere Häuser fortgerissen worden. Die Straßen und Eisenbahnlinien sind teilweise zerstört worden, so daß an mehreren Stellen der Eisenbahnverkehr unterbrochen ist. Viele Bewohner befinden sich in großer Not.

Petersburg, 17. Jan. In einer Sitzung der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union forderte der Generalsekretär der Union, Christian Lange, die russische Gruppe auf, an einer Konferenz in Stockholm teilzunehmen in anbeacht dessen, daß 100 Jahre vergangen sind, seitdem die skandinavischen Staaten keinen Anlaß zu einer Berührung des internationalen Friedens gegeben haben. Lange hob in seiner Ansprache hervor, daß alle skandinavischen Staaten die Herstellung engerer Beziehungen zu dem russischen Volke wünschten. In der Diskussion durch persönliche Kenntnis zu einem freundschaftlichen Einvernehmen zu kommen, brachten die Mitglieder der russischen Gruppe die Absicht zum Ausdruck, Stockholm zu besuchen, um der Befriedigung, daß Rußland feindselige Absichten gegenüber allen seinen Nachbarn, insbesondere gegenüber den skandinavischen Ländern, fernzulegen.

Bermischtes

Vorbildliches Kaufmannsdeutsch. Man hat uns früher wieder und wieder versichert, daß das kaufmännische Leben ohne einen ganzen Sad voll fremder und den meisten Nichtkaufleuten unverständlicher Wörter gar nicht auskommen könne. Aber wie schon andere große Werte das Gegenteil schlagend bewiesen haben, so zeigt jetzt auch die Suderraffinerie Tangermünde, daß ein kaufmännisches Schriftstück durchaus gemeinverständlich gehalten werden kann. Ein Rachteil ist das ganz gewiß nicht. Jedermann versteht, was mit der „Bermischsaufstellung am 15. September 1912“ gemeint ist. Links stehen die „Bekände“, rechts die „Verpflichtungen“. Nicht minder deutlich ist die „Gewinn- und Verlustrechnung am 15. September 1912“. Links steht das „Soll“, rechts das „Haben“. Alle einzelnen Angaben sind gleich verständlich: Abgang, Abschreibung, Zugang, Wertpapiere, Unterlegungen, Anteile, Bankguthaben, geleihete Rücklage, Arbeiter-Gehaltsabzug, Beamten-Gehaltsabzug, Aufgeld, Tilgung, Vorschüsse, Rückstellung, Rinschneine, Gewinn aus Verschönerungen. Obwohl wirklich jemand z. B. Referendos, Depositionen, Amortisation, Hilfsfonds, Dividenden, Aliba und Passiva vermischt oder für deutlicher und für allgemeiner verständlicher hält? — Nicht zu ihrem Vorteil sieht davon die kurze Bemerkung der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft ab, die die „vorstehende Bilanz“ am 15. September 1912“ geprüft hat und die Richtigkeit bestätigt.

Die „Eigen-Stage“. In Paris hat sich eine Bau-Gesellschaft gebildet, die Häuser baut, deren Stühle verkauft werden. Diese volkswirtschaftliche Erneuerung hat sich bereits viele Freunde erworben. Der Vorteil ist besonders der, daß auf dem Grundstücksmarkt die Ansammlung zu großer Kapitalien in einer Hand vermieden wird. Ganz neu ist der Gedanke übrigens nicht, das „halbe Haus“ als Eigen gibt es auch in Deutschland verschiedentlich; in die Klinker-Köchen, Plasterungen, Wasser-Geld, Straßenreinigung usw., teilen sich die verschiedenen Besitzer.

Literarisches

Wie hier angedeutet, haben die Zeitungen sich zu dem in der Buchhaltung der Rheinischen Volkszeitung

Das neueste (4.) Heft der bekannten, von den deutschen Jesuiten herausgegebenen „Stimmen aus Maria-Laach“ enthält wiederum eine Reihe von Aufsätzen, die das allgemeine Interesse erwecken werden. Es genügt hier, die Ueberschriften mit Angabe der Verfasser anzuführen:

Was heißt Katholik? (von P. Pippert S. J.); „König von Gottes Gnade“ (von J. Laurentius S. J.); Das älteste Evangelium (von S. J. Glöckner S. J.); Zur Frage des Geburtsdatums (von S. J. Krosche S. J.); Wandlungen in der Sozialdemokratie (von S. J. Koch S. J.); Kapitalismus, III. (von S. J. Weich S. J.); Verschönerung im Streit um Goethe (von R. Scheib S. J.); Calderons „Geheimnisse der heiligen Messe“ und ihre Aufführung in Köln (von St. v. Dunin-Borkowski S. J.); Ferner enthält die Zeitschrift ausführliche Rezensionen über wichtige Rezensierungen und die Bücherchau mit 27 Referaten. Den Abschluß des reichhaltigen Heftes bilden die folgenden Mitteilungen: Dreizehnerjahr (von E. Böhmighaus S. J.); Cinquante ans d'„Etudes“ (von P. v. Chastan S. J.); Die Jubiläumsgabe des Zarathustra (von M. Weizilla S. J.); Der dritte deutsche Arbeiterkongress (von R. Koppell S. J.); Der hl. Ignatius von Loyola als Missionar der Religion (von M. Reichmann S. J.); Rabindranath Tagore (von J. Overmann S. J.); Dichterpredigten (von J. Overmann S. J.); Licht über den Schöbel von Pittbourn (von E. Basmann S. J.).

Der Katholik. Red. von Prof. Dr. J. Weder und Prof. Dr. J. Seifert. 94. Jahrgang 1914, Mainz, Kirchheim u. Co. 12 Hefte, 12 Mark. Heft 1.

Den neuen Jahrgang des altbewährten Katholik leitet passend ein Editorial-Artikel ein, dessen Inhalt die Jahreszahlen andeuten: 814 starb Karl der Große, 1814 brach Napoleon I. zusammen und wurde die Gesellschaft Jesu wieder hergestellt, hinter 1914 steht noch ein Fragezeichen. In längeren Randglossen vertheidigt Prof. S. Weber (Freiburg) seine Uebersetzung einer Schrift des hl. Irenäus (im 5. Band der neuen Kirchenväterausgabe) gegen die Angriffe eines armenischen Gelehrten aus der Schule Dar-nads. Die Einzelheiten interessieren nur die Theologen von Fach; die Einleitung und der Schluß des Aufsatzes zeigt aber, welches allgemein wissenschaftliche Interesse hier in Frage steht. Eine Fülle praktischer Gedanken und Anregungen ergibt sich aus den beiden letzten Aufsätzen und nicht minder aus den inhaltreichen Bücherbesprechungen (etwa 25).

„Jugendland“, illustrierte Wochenschrift für die katholische Jugend. Herausgeber: R. Köhler, Lehrer, Verlag: J. Hoffmann, Borghorst (Weil.) 50 Pfennig vierteljährlich. — Die katholische Jugend wird die obengenannte neue Zeitschrift mit Freude begrüßen. Der Inhalt ist stimmungsvoll und erhebt. Probe-nummern umsonst.

Standesamt Wiesbaden

Gestorben. Am 14. Februar: Ehefrau Margareta Wöhrer, 21 J. — Am 15. Februar: Ehefrau Katharina Moos, geb. Jabel, 60 J. Babette Johanna Risher, 9 Mr. Gärtner Philipp Müllers, 69 J. Wwe. Katharine Wollmerscheidt, geb. Alt, 61 J. Wwe. Karoline von Meichenau, 65 J. Rentnerin Beise Burton, 81 J. Kaufmann Josef Raudnigh, 55 J. — Am 16. Februar: Emma Klingbeil, 7 J.

Aus dem Vereinsleben

Katholischer Kaufmännischer Verein. Gestern abend wurde die Generalversammlung fortgesetzt, die sich wiederum eines guten Besuchs erfreute. Von besonderer Wichtigkeit ist der Beschluß der Ausschau der Jugend-Abteilung. Da seit Januar 1914 ein höherer Beitrag an den Verband abgeführt werden muß, mußte auch unser Vereinsbeitrag um ein Geringes erhöht werden. — Die von der Jugend-Abteilung der Tagesordnung setzten eine lebhafte Diskussion. So reichhaltig war das zu erledigende Material, daß die Sitzung erst gegen 2 Uhr morgens geschlossen werden konnte.

Marienverein. Freitag, 20. Februar, hl. Messe für die verstorbenen Frau Katharina Moos.

Mariendebat St. Bonifatius. Freitagmorgen 6 Uhr, ist eine hl. Messe für unser verstorbenes Ehrenmitglied Frau Katharine Wollmerscheidt.

Die stenographischen Fertigkeitssprüngen; die Prüfungssämter bei den Stenographenverbänden, den großstädtischen Behörden und den Handelskammern. Ueber dieses Thema hielt Stud. W. Paul in der Stenographischen Schule Schrey einen Vortrag. Wir entnehmen den Ausführungen kurz folgendes: Dienststellen, die die Stenographie benötigen, wünschen, daß der Bewerber auch den Anforderungen genügt. Daher werden von den Stenographenverbänden Fertigkeitssprüngen abgehalten, wodurch der Bewerber den Nachweis erbringen kann, eine bestimmte Fertigkeit erlangt zu haben. Die neuesten Verhältnisse in Handel, Verkehr, Industrie und auch bei Behörden fordern tüchtige Stenographen. Deshalb haben großstädtische Behörden Stenographische Prüfungssämter errichtet. In der Regel beginnt die prüfungsfähige Fertigkeit mit 150 Silben in der Minute. Durch die ausgestellten Zeugnisse ist die Sicherheit geboten, daß ein Bewerber auch die angegebene Fertigkeit besitzt. Die Stenographische Schule stellt ebenfalls Fertigkeitsszeugnisse aus.

Bereinskalender

Donnerstag, 19. Februar

Elisabethenverein. Nachm. 3 Uhr: Konferenz.
Katholischer Frauenbund. Sprechstunden jeden Donnerstag von 4-5 Uhr bei der ersten Vorsitzenden, Frä. W. Feldmann, Reiter Friedrich-Ring 1, III.
Kirchenchor (Dreifaltigkeitskirche). Abds. 8.30 Uhr: Gesangsstunde.
Arbeiterverein. Abds. 8.30 Uhr: Gesangsstunde.
Gesellen-Verein. Abds. 8.30 Uhr: Turnen und Spielabend.
Lehrergesang-Verein. Probe. Männerchor: 8 Uhr.

Katholischer Fürsorgeverein Johannesstift G. B.

„Schutz und Rettung der gefährdeten weiblichen Jugend“. Auskunft, Rat und Hilfe während der Sprechstunden täglich von 9-12½ und von 3-6 Uhr, Büro, Luisenplatz 8, v.

Kathol. Männer-Fürsorge-Verein

Zweck: Schutz und Rettung der gefährdeten männlichen Jugend. Büro: Luisenplatz 8. Sprechstunden Dienstag, Donnerstag u. Samstag! Nachmittags von 6-7 Uhr.

Ämtliche Wasserstands-Nachrichten

vom Mittwoch, 18. Februar, vormittags 11 Uhr

Rhein	gestern	heute	Main	gestern	heute
Waldböhl	—	—	Wörzburg	—	—
Rehl	—	—	Lehr	—	—
Mosau	—	—	Wiesbaden	—	—
Maunheim	2.85	3.12	Groß-Steinheim	1.52	1.60
Worms	—	0.34	Offenbach	—	—
Mainz	0.81	1.12	Kölsheim	0.65	0.88
Wingen	1.74	1.85	Neckar	—	—
Gauß	1.97	2.11	Wimpfen	—	—

Wasser steigt

K. Eichhorn Optisch-mech. Institut

Wiesbaden, Neugasse 20, nächst der Marktstrasse

Wetter-Nachrichten vom 18. Februar mittags 12 Uhr

Wettervorhersage der Meteorologischen Abteilung des Physikalischen Vereins, Dienststelle Frankfurt a. M. für morgen:

Vorwiegend frühe, zeitweise aufklärende, geringe Regenfälle, kälter aufziehend, westliche Winde.

Höchster Thermometer-Stand gestern Nachmittags 2 Uhr 6 Grad C.
Niedrigster Thermometer-Stand heute Morgen 6 Uhr 0 Grad C.

HYGRO-METER

10 Sehr trocken
20
30
40
50 Normal
60
70 Feucht
80
90 Sehr feucht
100

Aurhaus zu Wiesbaden.

Donnerstag, 19. Februar, 4 Uhr: Abonnements-Konzert. Leitung: A. Schiering. 1. Ouvertüre u. Op. „Die verkaufte Braut“ (F. Smetana). 2. Ballett „L'opéra de la nuit“ (A. Lully). 3. Huldigungs-marsch aus „L'opéra de la nuit“ (A. Lully). 4. Rhapsodie „L'opéra de la nuit“ (A. Lully). 5. Ouvertüre „Die Huldigungs-marsch“ (A. Lully). 6. Air (J. S. Bach). 7. Ungarische Rhapsodie Nr. 1 in F-Dur (Fr. Liszt). * 8 Uhr: Abonnements-Konzert. Leitung: A. Schiering. 1. Ouvertüre zur Op. „Das chere Wied“ (D. F. Weber). 2. Polnischer Nationalmarsch (A. Scherneck). 3. Rhapsodie für Streichorchester (A. Scherneck). 4. Das Zentrum (W. Strass). 5. Der Wanderer, Lied (Fr. Schubert). 6. Eine norwegische Rhapsodie (Ed. Svendsen). 7. Ouvertüre zur Oper „Titus“ (W. A. Mozart). 8. Verfallener Marsch (R. Eilenberg).

Nein, gerade Scotts Emulsion

soll es sein, antwortete man auf die Veruche, einem eine „natürlich ebenjogurt“ (!), jedoch billigere Nachahmung aufzureden. Auf die echte



Man kann sich verlassen, die Fischermarke ist seit 33 Jahren bewährt, das Vertrauen, das sie entgegengebracht wird, rechtfertigt sich durch eine lange Reihe glänzender Erfolge in allen Teilen der Welt, beides Tatsachen, denen die bald kommenden, bald wieder verschwindenden Nachahmungen nichts entgegenzusetzen haben. Man lasse sich durch die billigeren Angebote nicht täuschen, sondern bestche auf der echten Scotts Emulsion.

Preußischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.

— Berlin, 17. Februar.

Heute gab es zunächst noch eine kleine Spar-
assenbedatte, mit deren Erledigung der Mi-
nister auch sein Gehalt bewilligt erhielt. Dann
folgten Abstimmungen. Der nationalliberale
Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicher-
heit wurde mit dem konservativen Zusamen-
trag (Schutz der Arbeitswilligen) angenommen,
wobei auch der Antrag Schmedding auf
Übernahme der gemeindefähigen Geistes-
kranken auf den Staat. Die übrigen Anträge
wurden abgelehnt oder den betreffenden Kom-
missionen überwiesen. Der nächste Punkt der
Tagesordnung, die Interpellation und die An-
träge über die Sturmsut an der Ostsee ver-
langten den Minister zur Darlegung der er-
griffenen Maßnahmen der Regierung, worauf
dann der Reihe nach die Vertreter der be-
troffenen Gegenden die Notlage an der Ostsee
in den durch die Verhältnisse gebotenen Bildern
schilderten. Nachdem man die Anträge
an die zuständige Kommission verwiesen hatte,
verlas man sich nach rascher Erledigung eines
Gesetzentwurfes über die Erweiterung des
Stadtkreises Dortmund wieder in die Staatsbe-
ratung, wobei es gegen Schluss zu einem scharfen
Zusammenstoß zwischen dem Minister des In-
nern von Döllwitz und dem Abg. Dr. Liebschütz
kam. Mit einem Ordnungsruf für diesen schloß
die heutige Sitzung.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministerisch: von Döllwitz.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die
Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

(8. Tag.)

Vortragsung der Beratung beim Titel „Minister-
gehalt“ über die

Sparassensfrage

und den Antrag, betreffend die Anlegung von Spar-
assensbeständen in Industriebetrieben.

Abg. Reimer (Soz.): Ich stimme gegen den Antrag,
da dieser lediglich eine ungelöste Geschäftsfrage be-
handelt. Die Verhältnisse der Sparassens
müssen nicht nur den Gemeinden, sondern auch, etwa
zur Hälfte, den Sparassens zugute kommen. Wir wer-
den auch gegen die Kommissionsberatung stimmen, da
wir nicht glauben, daß in der Kommission etwas zu-
vorne kommen wird.

Abg. Lippmann-Stettin (Sp.): Auch ich meine,
daß Sparassens keine Banken, die immer mit Risiko ver-
wandelt sind, werden dürfen. Gegen den zweiten Teil
des Antrags, daß buchmäßige Kursverluste solange vom
Rezervefonds abzugsfähig sind, als dieser nicht unter
2 Prozent der Einlagen sinkt, habe ich keine Bedenken.
Der erste Teil des Antrags, der die Einweisung von
Industriebetrieben in die Bilanz nach dem Anschaffungs-
wert gestatten will, ist nicht klar genug gefaßt. Hoffent-
lich schließt die Kommission Abhilfe.

Abg. Dr. Barenhorst (freil.): Ich stehe dem An-
trage sympathisch gegenüber und möchte den Minister
biten, die Verhältnisse nochmals zu prüfen, da es sich
um sehr wichtige wirtschaftliche Dinge handelt.

Abg. Dr. Kahn (Soz.): Auch ich hoffe, daß die
Regierung sich noch zu unserem Standpunkt bekehren
wird. Wenn die Ausführungsbestimmungen länger in
Arrest bleiben, werden die Sparassens bald nicht mehr
für wertvollen Dienst für die Allgemeinheit leisten
können. Ich bitte, den Antrag der veränderten Ge-
meindekommission zu überweisen.

Die Debatte schließt. Das Ministergehalt wird be-
willigt.

Es folgen Abstimmungen. Der nationallibe-
rale Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicherheit,
wobei auch der Antrag Schmedding auf Über-
nahme der gemeindefähigen Geisteskranken auf den Staat
angenommen. Der nationalliberale und fortschrittliche Antrag über
den Schutz der öffentlichen Sicherheit, wobei auch der
Antrag Schmedding auf Übernahme der gemeindefähigen
Geisteskranken auf den Staat angenommen. Der nationallibe-
rale und fortschrittliche Antrag über den Schutz der
öffentlichen Sicherheit, wobei auch der Antrag Schmedding
auf Übernahme der gemeindefähigen Geisteskranken auf
den Staat angenommen. Der nationalliberale und fort-
schrittliche Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicher-
heit, wobei auch der Antrag Schmedding auf Über-
nahme der gemeindefähigen Geisteskranken auf den Staat
angenommen.

Die Sturmsut an der Ostsee.
Der Minister des Innern v. Döllwitz: Die Regierung
hat den Antrag auf eine staatliche Subvention vor-
gelegt.

Abg. Lippmann-Stettin (Sp.) begründet die Inter-
pellation. Am schwersten sind die Ostseebewohner be-
troffen. Eine Einweisung erscheint dringend not-
wendig. Für die Fischer müssen Schutzmaßnahmen ange-
nommen werden. Für die Insel Rügen muß mehr getan
werden. Für die Nordseeinseln geschieht viel mehr. In
Gommern wurden 400 Hektar Land weggewaschen!
Hilfe ist dringend nötig. (Beifall.)

Minister des Innern v. Döllwitz: Die Regierung
hat noch kein ausreichendes Bild über die Verhältnisse

in Gommern, Ost- und Westpreußen. Die überfluteten
Flächen sind zum Teil noch unter Wasser, zum Teil
unter Eis und Schnee, und dadurch werden die Er-
mittlungen erschwert. Es sind auch in den letzten
Tagen wieder

neue Hochwasser Nachrichten

eingegangen. Aber die Regierung ist jetzt schon über-
zeugt, daß die Betroffenen aus eigener Kraft vielfach
nicht imstande sein werden, die schwere Schadens-
leistung zu tragen. Die Regierung ist daher unter der Vor-
setzung der Provinzialverbände der Provinzialverbände zu
einer Notstandsaktion bereit; der Staat wird die Kosten
der militärischen Hilfe allein tragen; die Kosten für
sonstige Rettungsarbeiten und dringliche sanitäre Maß-
nahmen zu vier Fünfteln, die Provinzen zu einem
Fünftel aufbringen. Die privaten Sammlungen sind
unter der Umgehung der Zinsen früherer Ent-
nahmen zurückzuführen, jedoch besteht auch öffentliche
Beihilfen für Privatpersonen erforderlich sein werden.
Es wird da vornehmlich die

Uergabe unverzinslicher Darlehen

auf drei Jahre mit Rückzahlung in 5 Raten in Betracht
kommen und die Mittel dafür werden Staat und Pro-
vinzen im Verhältnis von 30 : 20 Prozent aufzubringen
haben. Die Gewähr für die Rückzahlung haben die
Kreise zu leisten. Auch sollen Gemeinden und öffent-
lichen Verbänden Beihilfen zur Wiederherstellung ihrer
Anlagen darlehensweise gewährt werden, falls sie es
nicht vorziehen sollten, selbst ein Drittel der Gesamt-
kosten unter der Voransetzung zu übernehmen, daß die
anderen zwei Drittel aus öffentlichen Mitteln ohne
Auflage bewilligt werden. Auch an der Beseitigung
der Schäden in Seebädern soll mitgewirkt werden.
Für die Arbeiten auf nichtstaatlichen Gebieten sind
bereits Mittel zur Verfügung gestellt, unter dem Vor-
behalt, daß die Kommunalverbände sich später be-
stellen. Ich bitte das Abgeordnetenhaus, sich mit
diesen Grundrissen und mit außerordentlicher Berech-
nung der Gelder einverstanden zu erklären. Die
Schäden an staatlichen Bauwerken und fiskalischem Be-
sitze dürften mehrere Millionen betragen. Die Wiederher-
stellung wird mit aller Energie betrieben. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. v. Döllwitz (Soz.)

wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.
Abg. Dr. v. Döllwitz (Soz.) beantragt Über-
weisung der Anträge an eine Sonderkommission.
Die Kommissionen sind deshalb so gefaßt, weil
aus dem Ministerium ein schneller Abfluß des Wassers
nicht erfolgen kann. Wir danken allen denen, die an der
Rechtensarbeiten teilgenommen und Beihilfen ge-
spendet haben. Doch ist Staatshilfe dringend nötig.
Wenn der Minister auf die Beschädigung der fiskali-
schen Anlagen hingewiesen hat, so fehlt es an der Of-
fene eben in weitem Maße an Uferschutz und Dämme-
schut. Im jetzigen Stande ist hierfür nichts enthalten.
Das ist eine ganz falsche Sparmaßnahme! Besonders die
schwer geschädigten Bäder an der Ostsee verdienen die
Aufmerksamkeit des Ministers, um so mehr, als sie
sehr verkehrsreich sind. Nicht minder hilfsbedürftig sind
die Fischerdörfer. Auch die Frage der Fischerdörfer
muss in der Kommission eingehend besprochen werden.
(Beifall.)

Abg. Dr. Reimer (Soz.): Leider ist die private
Börsenkrise diesmal gegenüber früher zurückge-
blieben. Und doch haben die beiden Sturmsut fast
die Höhe der Flut von 1872, der höchsten seit Menschen-
gedenken, erreicht. Am schwersten ist die Fischerbe-
völkerung betroffen.

Abg. Dr. Schifferer (Soz.): Nennen Sie, vor-
 allem Fischer, nach in erster Linie gehoben werden.
Mit den Grundrissen des Ministers über die Ver-
teilung sind wir im allgemeinen einverstanden. Dem
Antrage auf Kommissionsberatung stimmen wir zu.

Abg. Steupat (Soz.): Besonders schwer hat das
Mittelmeer gelitten.

Abg. Gieseler (Soz.): Wie lange die Ueberschwem-
mung der Mittelmeere wird, läßt sich nicht absehen.
Die rechte Seite des Flusses muß ebenfalls eingedämmt
werden.

Abg. Hofer (Soz.): Die Regierung hat zu wenig
Geld aufgewendet, um beratigen Katastrophen gerüstet
gegenüberstehen zu können. Für politische Zwecke, z. B.
die Bekämpfung der Sozialdemokratie oder der Polen,
hat sie immer Geld.

Abg. Schmitt (Soz.): Parteipolitik muß hier
ausgeschlossen. Die Regierung muß auch da bauen, wo
es sich nicht um fiskalisches Gelände handelt, besonders
im Interesse von leistungsfähigen Gemeinden. Auf-
fallend ist es, daß bei den Sammlungen Privater die
kleineren Mittel vorherrschen. Der Ueberschwemmung
an eine Sonderkommission stimmen wir zu.

Abg. Lippmann (Soz.): Es müssen möglichst
größere Mittel zum Risikofonds aufbewahrt werden.
Dabei sind politische Unterschiede zu vermeiden.

Abg. Dr. Döllwitz (Soz.): Gegenüber dem außer-
ordentlichen Unglück bedarf es außerordentlicher Maß-
nahmen der Regierung.

Die Anträge werden an eine Sonderkommission
verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes
über die

Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und
Veränderung der Amtsgerichtsbezirke Ostrop und
Dortmund.

Nach Ausführungen der Abg. v. Gieseler
(Soz.), Schweden (Soz.), Traub (Soz.) wird
der Entwurf an die veränderte Gemeindekommission ver-
wiesen.

Etat des Ministeriums des Innern.

(Einzelberatung.)

Abg. Schmitt (Soz.): Die Beamten beim
statistischen Landesamt müssen schneller ausfinden, be-
sonders die Militärbeamten.

Abg. v. Döllwitz (Soz.): Die Steuerfragen
dürfen dem Oberverwaltungsgericht nicht entzogen
werden, weil dies eine Rechtsunsicherheit zur Folge
haben würde.

Abg. Dr. Liebschütz (Soz.): Das Oberver-
waltungsgericht wird zu Unrecht als ein Ort der bürger-
lichen Freiheit angesehen. Es fördert durch seine
Rechtsprechung das Treiben der Arbeiterzentrale, die

der Landwirtschaft Arbeiter zuführen soll. Für das
Oberverwaltungsgericht darf auch der Satz von Gieseler,
daß es die Gesetze in ihr Gegenteil verkehrt, dies gilt
namentlich für die Auslegung des Reichsvereins-
gesetzes.

Minister des Innern v. Döllwitz: Wie kommt der
Abg. Liebschütz dazu, eine solche Kritik an dem Ober-
verwaltungsgericht zu üben? Steht er auf einem
höheren Standpunkt, hält er sich für klüger als alle die
Herren vom Oberverwaltungsgericht? Außer seinen
Freunden wird wohl niemand davon überzeugt sein,
daß sein Urteil höher zu setzen ist als die Entscheidung
des Oberverwaltungsgerichts.

Abg. Dr. Liebschütz (Soz.): Ebenso gut wie die
ordentlichen Gerichte, dürfen wir auch die Rechts-
prechung des Oberverwaltungsgerichts kritisieren. Auf
eine Kritik sollte der Minister sachlich antworten. Mit
ein paar schnoddrigen Redensarten kann er das nicht
abturn. (Großer Lärm und Pfui-Aufe rechts. — Rufe:
Raus! Raus! — Präsident Graf Schwerin-Löwitz
ruft den Redner zur Ordnung.)

Siehe! Siehe! das Haus die weitere Beratung
auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluss 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

— Berlin, 17. Februar.

Eine unerlässliche „kleine“ Anfrage eines
sozialdemokratischen Volksboten bildete den
Aufsatz der heutigen Sitzung. Der weitere
Verlauf der Sitzung gewann aber alsbald an
Interesse. Das Plenum ließ nämlich einen Be-
schluß der Budgetkommission um. Man be-
willigte mit großer Mehrheit und unter leb-
haftem Beifall den Beitrag des Reiches zu
den olympischen Spielen. Ein merkwürdiges
Schicksal erfuhr hierauf ein freisinniger Antrag
betr. Grundsätze für das Arbeitsverhältnis der
in Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten Ar-
beiter. In seinen einzelnen Teilen wurde er
angenommen, bei der Gesamtentscheidung durch
Sammelsprung wurde er dagegen abgelehnt.
Als bei der Weiterberatung des Justizetat
Staatssekretär Dr. Visco zur Tribüne schritt,
leerte sich sehr rasch das Haus, für die Ju-
risten hat das Haus sehr wenig Interesse.
Ein Jurist liest den anderen ab, um die Stel-
lung seiner Partei zu den verschiedenen ju-
ristischen Streitfragen unserer Tage darzulegen.
— Morgen wird man dann die Beratung fort-
setzen.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

216. Sitzung vom 17. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Visco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um
1 Uhr.

Kleine Anfrage.

Auf eine Anfrage des Abg. Reichmann (Soz.), ob
nach ausläufige für die Tabakindustrie er-
richtet werden sollen, erklärt Ministerialdirektor Caspar,
daß die Vorarbeiten besondere Schwierigkeiten bieten.
In Preußen sind sie dem Abschluss nahe. Das Er-
gebnis läßt sich noch nicht übersehen.

Der Reichszusatz zu den olympischen Spielen.

Die Anträge der fortschrittlichen Volkspartei, der
Nationalliberalen und der Konservativen, die entgegen
dem Beschluß der Budgetkommission die Regierungs-
vorlage wieder herbeiziehen und 45000 Mark als erste
Rate für die olympischen Spiele bewilligen wollen,
werden gegen die Sozialdemokraten und eine Minder-
heit des Centrums angenommen. Die Resolution
Recher-Gelle (Soz.), die Erhebungen über den Ge-
sundheitszustand der Arbeiter der Großindustrie
fordert, wird angenommen. Eine Resolution Althaus
(Soz.), die eine Neuordnung der Arbeitsverhältnisse der
in den Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten Ar-
beiter und Angestellten fordert, wird zunächst in ihren
einzelnen Absätzen angenommen, und dann in der Ge-
samtentscheidung abgelehnt. Dagegen stimmte mit
den Sozialdemokraten und der Rechten auch ein Teil
der Nationalliberalen.

Der Etat für die Reichsjustizverwaltung.

(Zweiter Tag.)

Staatssekretär Dr. Visco: Ich bitte dringend, die
von der Budgetkommission geforderte zweite Reichs-
anwaltsstelle wieder zu bewilligen. Es entspricht nicht
der Würde des Reichsgerichts, so viele Hilfsarbeiter
anzunehmen. Zu befragen wäre es, wenn die Rege-
lung der Arbeitsverhältnisse der Reichsanwalts-
schiffen im Wege des Tarifvertrages glückte. Sollte
es nicht gelingen, so werden wir selbst in Vorarbeiten
eintreten. Die Frage einer neuen

Gebührenordnung für Rechtsanwälte

wird nach Abschluß der schwebenden Erhebungen er-
neut geprüft werden. Wenn die neue Gebührenordnung,
die dem Bundesrat im Entwurf vorliegt, an den
Reichstag kommt, kann ich noch nicht sagen. Der Ent-
wurf, betreffend die Hauptstadt der Eisenbahnen, wird
entweder in diesem oder doch im nächsten Jahre an den
Reichstag gelangen. Ebenso hoffe ich, daß wir bezüg-
lich der Neuordnung der Pfandbriefe des Ein-
kommens von Privatangehörigen bald zu einem Er-
gebnis kommen werden. Der Resolution Schiffer
wenden wir besondere Aufmerksamkeit zu. Wir
prüfen, ob eine dringende Veranlassung vorliegt, ein-
zelne Punkte der allgemeinen Reform vorzuzie-
hen. Für den Schutz von Personen, die im guten
Glauben mit Geisteskranken Geschäfte schließen, hat sich
ein dringendes gesetzgeberisches Bedürfnis noch nicht
ergeboten.

Die Einschränkung der Eidesleistungen streben
auch wir an, aber unsere Vorschläge von 1909 wurden
von der Reichsjustizkommission abgelehnt. Ebenso
wünschen auch wir die Bekämpfung des Prozeßver-

fahrens. Ein wirklich geeignetes Mittel ist aber noch
nicht gefunden. Bei einer allgemeinen Revision der
Prozeßordnung werden tiefgreifende Änderungen
notwendig sein. Die Wünsche nach weiteren kleinen
Strafgesetzbuchänderungen sind undurchführbar. Auch das
Jugendgerichtsgesetz wird sich kaum allseitig erledigen
lassen, da in der Fachpresse viele Bedenken laut ge-
worden sind.

Abg. Althaus (Soz.): Ich bitte, den letzten Reichs-
anwalt zu bewilligen. Die Reform der Gebührenor-
dnung der Rechtsanwälte sollte man nicht länger hin-
ausschieben. Befremdend wirken die Einwände des
Staatssekretärs gegen den Schutz von Personen, die
im guten Glauben mit Geisteskranken Geschäfte ab-
schließen. Zum Schutze von Leben und Gesundheit
sollten nicht bloß Arbeiter, sondern auch die Volksschul-
lehrer herangezogen werden. Auch in den Jugend-
gerichten würden die Volksschullehrer sehr gut wirken.
(Sehr richtig.) Im Falle Kniehl hat auch der
Staatsanwalt eine scharfe Rüge verdient. — Eine
grobe Beleidigung der Anwaltschaft war es, daß der
Erste Staatsanwalt die Verfolgung der Ver-
schlimmungen durch den „Dortmunder Generalanzeiger“
mit der Begründung ablehnte, durch ein solches Ein-
schreiten könnte der Anwaltsstand vielleicht noch mehr
geschädigt werden. Der Bund der Landwirte ist immer
noch nicht als Vereinsregister eingetragen. Gilt er
auch nach den gezeigten Umständen immer noch als
unpolitisch? Die präventiven Bestimmungen
Preußens bedürfen schärferer Neuordnung. Die Be-
kämpfung des Schmutzes in Wort und Bild kann bei
der herrschenden Praxis zu einem Kampf gegen die
freie Kunst führen. Der Reichtum der Natur sollte
man keinen Zwang antun.

Abg. Reichmann (Soz.): Gute Beziehungen zwischen
Rechtsanwälten und Richtern sind wünschenswert.
Eine Novelle zum geschäftlichen Schutz gegen uner-
kannte Geisteskranken ist nicht so dringend notwendig.
Für den letzten Reichsanwalt sind auch wir. Der
Vorwurf der Klassenjustiz wird jetzt in milderer
Form erhoben. Aber er ist vollständig unberechtigt.
Unsere Richter stehen mitten im Leben und sind durch-
aus unparteiisch. Eine Wahl durch das Volk hätte
keinen Zweck.

Abg. Martin (Soz.): Bedenken gegen das Schöff-
amt der Richter haben wir nicht. Sie befinden sich bei
dem jetzigen Stande in guter Gesellschaft, denn den
Ministern geht es auch nicht besser. Die Minderheit im
Grundrechtsrat müssen bestraft und das Zwangs-
versicherungsgesetz muß geändert werden. Mit der
recht zu gemeinen Einrichtung der Gesellschaften mit
beschränkter Haftung hat man durch allerlei
Einkünfte Schindluder getrieben. Eine Erhöhung
der Anwaltsgebühren ist nicht notwendig. Die Miß-
stände im Anwaltsstande sind durch die Ueberfüllung
des Standes verursacht. Der preussische Richter be-
müht sich, möglichst objektiv zu sein. Das elegante
Damenpublikum sollte den Gerichtsverhandlungen
besser fern bleiben.

Abg. Werner-Hersfeld (Soz.) fordert ebenfalls
eine Neuordnung der Rechtspflege. Das Mini-
sterkonsultentum ist eine ernste Gefahr für das Volk,
daß durch die Ministerkonsulten vielfach in die Pro-
zesse hineingeht wird.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Schöfferschen Re-
form muß eine Reform des preussischen Richters
vorangehen. Gegen Beleidigungen ist man viel emp-
findlicher geworden als zu den Zeiten Volters oder
Goethes, die heute gar nicht mehr aus den Gefäng-
nissen herauskommen würden. Wir rechnen zur
Schundliteratur auch gewisse fälschliche Traktate und
sogenannte patriotische Schriften, durch die die Jungen
angeregt werden sollen, nach Rußland und Frankreich
zu ziehen und möglichst viele Feinde zu töten.

Abg. Dr. Bell (Soz.):

Der Vorwurf der Klassenjustiz muß auf die Dauer
eine maßlose Verbitterung bei unserem Richterstande
herbeiführen. Außerdem wird er in der sozialdemo-
kratischen Öffentlichkeit, in Presse und Volksversam-
lungen in aller Schärfe und ohne jede Abmildung
erhoben. Von da bis zum Klassenhaß ist für die
Rassen nur ein Schritt. Wir brauchen ein

Fortschreiten der sozialen Rechtsprechung.

Das System unserer Rechtsordnung sollten wir doch
nicht durch allzu viele Novellen durchbrechen. Das
Heranziehen der Kosten kann sehr leicht den ganzen
Rechtsverkehr unbrauchbar machen. Die Anträge Schiffer,
die auf Beschleunigung und Vereinfachung des
Rechtsverfahrens gehen, halten wir für praktisch un-
ausführbar. Gegen böswillige Schuldner und inso-
malige Schleier verlangen wir die strengsten Maß-
nahmen. In Verleumdungssachen steht man der Ge-
gebung vielfach ratlos gegenüber. So ist es bedauer-
lich, daß der Kölner Redakteur wegen Beleidigung der
Polizei aus formalen Gründen bestraft werden mußte.
Vielfach kommt es allerdings mehr auf die Recht-
sprechung als auf die Gesetzgebung an. Allerdings war
bei diesem Prozeß schon ein gewisser Fortschritt zu
verzeichnen. Vor fünf Jahren beantragte der Staats-
anwalt gegen den „Köln. Sozialanzeiger“ in einem ähn-
lichen Falle noch 2 Monate Gefängnis, während auch
hier die bekannten Mißstände erwiesen waren.

Der Reichsanwaltsstand bleibt das Elend der
Justiz. Hier wie auch sonst muß die Justiz modern
werden, sogar in der Sprache. Zu einem schimmernden
Mißstand haben sich die Defektivität entwickelt. Die
Gerichtsüberfüllung hauptsächlich vieler sogenann-
ter unparteiischer Richter hat sich zu einem
Skandal entwickelt. Die Rundgebung des

Reichsverbandes der Deutschen Presse
dagegen ist deshalb sehr zu begrüßen. Die Bewegung
gegen den Schmutz in Wort und Bild ist nicht aufzu-
halten. Wir kämpfen gegen Schmutz und Missetaten für
die wahre und edle Kunst. Mit Geld und Entgelten
haben wir jene beschimpften Karrieren mit anziehen
müssen, zu deren Bekämpfung wir eingeladen waren.
Der Berliner Staatsanwalt hat sich ein großes Ver-
dienst um das deutsche Volk erworben. Minister und
Literaten haben sich dieser Pornographie dienbar ge-
macht. Damit haben sie ihre Kunst zur Schand-
tat erniedrigt. (Beifall im Centrum.)

Das Haus vertagt sich. Morgen Weiterberatung.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Ein Oetker-Pudding

aus Dr. Oetker's Puddingpulver zu 10 Pfg. (3 Stück 25 Pfg.)
ist eine ganz vorzügliche Speise, die für wenig Geld und mit wenig
Mühe täglich auf den Tisch gebracht werden kann. Genaue Anweisung
steht auf jedem Päckchen.

Als Nachspeise

ist er eine wirklich schmeckende Erfrischung, die jedermann willkommen
bringt, oder Vanille-Sauce angerichtet, wird jede Hausfrau Ihre damit einlegen.

Für die Kinder

gibt es wohl kein besseres Nahrungsmittel, um so mehr, als der
in Dr. Oetker's Puddingpulver enthaltene besondere Zusatz von
phosphorhaltigem Kalk die Bildung kräftiger Knochen günstig beeinflusst. Es ist ein Vergnügen zu sehen,
wie Kinder jeden Alters solch einen Oetker-Pudding bis auf den letzten Rest verzehren.

Billigste Bezugsquelle für Möbel.

Sampl. mod. u. h. v. Schloß. best. in
Biel. Spiegelgl., u. Wäse, Wäse, u.
Rochsch. mit Wäse, 2 Bist. 2 Stühl.
Sampl. mod. von 250 Mk. an. Billigste
Zimmer v. 180 Mk. an. Kpl. Spiegelgl.,
mod. Tischgl., 90-300, Bettst. 27-90,
2. Sam. 2. v. 115, 2. Schloß.
Rochsch., 1. Sam. 2. v. 115, 2. Schloß.
2. Sam. 2. v. 115, 2. Schloß.
2. Sam. 2. v. 115, 2. Schloß.

Damier Safforanzug zu verkaufen.

Schöne Figur. Schloßstr. 15, III.

Damen-Modenanzüge billig zu verkaufen.

Wiesbaden, Schloßstr. 14p.

Kath. Gesellenhaus

Heute Abend
Schlacht - Fest
Es ladet freundlich ein
Ulrich, Hausmeister.

Gesichtsausschläge

Pickel, Gesichtsröte, übermäßige Schweißbildung
beseitigen Sie
rasch mit
Rino-Seife.
Diese ist frei von schädlichen Bestandteilen,
enthält Ingredienzien, welche desinfizierend
wirken und bei regelmäßigem Gebrauche
die Heilung fördert.
Verhindert Übertragung v. Hautkrankheiten
Preis per Stück 60 Pfennige.
Nur echt mit Firma: Rich. Schubert & Co., G.m.b.H., Weinböhla.
Zu haben in den Apotheken und Drogerien.

Milchkannen

Transportkannen
in allen Größen vorrätig.
Littermaße in starker Qualität
M. Rossi, Wiesbaden
Wagengasse 3, (Nähe Markt) Tel. 2060
Eleg. Masken-Kostüme
für Herren u. Damen von 3 Mk. an
zu verkaufen. Weststr. 2, Leben
Pianos stimmen und repariert
Kloster-Müller, Mainz

Spezialkur

gegen
**Haut-, Harn- und
Bruchleiden.**
Dr. Wagner, Arzt :: Mainz
Schulterstr. 54, vis-à-vis Tieg
Hautschübe werden täglich auf neu ge-
waschen. Von Rosenbach, Schloßstr. 34
2 Domino-Anzüge billig zu verk.
Wäsemeister Lebert, Schloßstr. 1. Abg.

